

PLUTUS

Kritische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen

— Nachdruck verboten —

Man abonniert beim
Buchhandel, bei der Post und

Berlin, den 5. Juli 1916.

direkt beim Verlage
für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Steuerfegen.

Vor einigen Tagen ist in den berliner Zeitungen mit großer Ueberraschung die Tatsache festgestellt worden, daß die Veranlagung zur Staatseinkommensteuer in Groß-Berlin für das Steuerjahr 1916 einen ganz erheblichen Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr gebracht hatte. Während im Jahre 1915 in sämtlichen Groß-Berliner Gemeinden rund 84 Millionen Mark als Steuerfoll veranlagt worden waren, beläuft sich diese Summe für das Etatsjahr 1916 auf nahezu 93 Millionen. Das besonders Ueberraschende bei diesem Ergebnis erschien den mitteilenden Stellen, daß dieses hohe Steuerfoll sogar noch das Veranlagungsjahr 1914 um über eine Million Mark übertraf. Dieses Resultat wird, wie man wohl voraussetzen darf, innerhalb gewisser Grenzen auf das gesamte Steuereinschätzungsergebnis für die preußische Monarchie ausgedehnt werden können. Man darf mithin annehmen, daß für das gesamte preußische Land das steuerpflichtige Einkommen in seiner Gesamtheit mindestens gegen das Jahr 1915 gewachsen sein wird. Es fragt sich nun, ob dieses Ergebnis wirklich so überraschend ist, wie es auf den ersten Blick scheint. Ich finde es nicht. Und ich betreibe, indem ich das feststelle, nicht etwa eine Prophetie ex post, vielmehr kann ich mit einiger Genugtuung konstatieren, daß ich bereits bei der Einbringung des letzten staatlichen Etats in Preußen und des kommu-

nenal Stats in Groß-Berlin darauf hingewiesen habe, daß Preußens Finanzminister und die Groß-Berliner Stadtkämmerer bei ihrer Abschätzung der Sollergebnisse der Einkommensteuer zu pessimistisch vorgegangen sind. Aus diesem Grunde habe ich mich in der Boffischen Zeitung frühzeitig der Erhebung der Kriegssteuervorschläge in Preußen widersetzt. Und in meiner Tätigkeit als Charlottenburger Stadtverordneter habe ich in der Etatsfikung der dortigen Stadtverordnetenversammlung mich gegen die Erhöhung des Einkommensteuerzuschlages von 140 auf 170% und gegen die gleichzeitige Erhöhung der Gaspreise gewandt. Ich betone das ausdrücklich nicht etwa, um mir daraus einen besonderen Ruhmeskranz zu winden, sondern wie der Fall wieder einmal zeigt, wie sehr sogenannte theoretische Erwägungen auch in Steuerdingen oftmals den „Erfahrungen“ der sogenannten Praktiker überlegen sein können. In Wirklichkeit ist nämlich das Steuerresultat gar nicht so überraschend. Man darf nur nicht den Fehler machen, den der Praktiker in der Regel zu machen geneigt sein wird, nämlich seine Erfahrungen schablonenhaft aus der Vergangenheit auf die Zukunft zu übertragen. Durch diese beim Praktiker sehr ausgebildete Neigung wird nämlich eigentlich er zum Theoretiker und verläßt den Boden der Praxis, deren oberste Regel ist, daß es immer anders kommt, als man denkt. Wenn man vor

dem Kriege an jemanden die Frage gerichtet hätte, wie er sich wohl die steuerliche Entwicklung eines Weltkrieges vorstellt, so würde jene pessimistische Auffassung berechtigt gewesen sein, die sich in den Schätzungen der staatlichen und städtischen Finanzminister geltend gemacht hatte. Aber inzwischen haben wir alle die eigenartige wirtschaftliche Gestaltung erlebt, die der Krieg im Gefolge gehabt hat. Ganz anders, als man ursprünglich prophezeite, haben sich die wirtschaftlichen Dinge entwickelt. Anstatt der Krise von der Arbeitslosigkeit, die man in der früheren Literatur über den Krieg breit ausgemalt gefunden hatte, sind wir Zeugen einer Hochkonjunktur geworden, wie sie selbst in Friedenszeiten beispieslos genannt worden wäre. Da sollte man doch meinen, daß es eigentlich nichts Selbstverständlicheres gäbe, als den richtigen Schluß von dieser wirtschaftlichen Erscheinung auf die Kriegsjahre während des Steuerergebnisses zu ziehen. Nun war allerdings selbst bei denen, die an und für sich sehr bereit gewesen wären, sich auch steuerlich entsprechend den wirtschaftlichen Vorgängen neu zu orientieren, das Haupthindernis, die schlechten Erfahrungen mit dem Steuerfoll des Jahres 1915. Denn wie schon aus meinen obigen Erfahrungen hervorgeht, hat z. B. Groß-Berlin das Steuerfoll von rund 92 Millionen *M* im Jahre 1914 auf rund 84 $\frac{1}{4}$ Millionen *M* im Jahre 1915 ermäßigt. Wollte man aber dieses Ergebnis richtig bewerten, so mußte man daran denken, daß die ersten paar Monate des Krieges in stärkerem Maße die Schattenseiten der Kriegswirtschaft als ihre Vorteile zeigten. Die zweite Hälfte des Jahres 1914 war noch völlig beeinflusst von der alten Vorstellung über die wirtschaftlichen Folgen eines Krieges. Man wird sich noch erinnern, wie bis weit in den Herbst 1914 hinein es dauerte, bis wir überhaupt einigermaßen normale Zustände im Wirtschaftsleben hatten. Erst dann ungefähr waren die Folgen der ersten Kopslosigkeit der Banken und der großen Kurzsichtigkeit vieler deutscher Industrieller überwunden. Aber gerade als diese Ereignisse begannen in Vergessenheit zu geraten, zeigte es sich immer deutlicher, daß der Krieg doch nicht von so kurzer Dauer sein werde, wie man zuerst angenommen hatte. Davon war sicher die Folge eine gewisse Depression, die sich insbesondere in dem Verhalten der großen und kleinen Aktien-

gesellschaften bei ihren Dividendenbemessungen und ihren Dividendenausüttungen zeigte. Diese Unternehmungen, die zunächst nicht übersehen konnten, wie sich ihre Lage in Zukunft gestalten wird, waren sehr vorsichtig bei der Normierung ihrer Dividendensätze. Sie stellten sehr erhebliche Teile in Reserve und wenn damit vielfach auch für sie von der Steuer zu erfassendes Einkommen nicht verschwand, so minderte sich in jener Zeit doch zweifellos das Einkommen der Aktionäre. Andererseits aber war die Zahl der Aktiengesellschaften, deren Dividende reell zurückging, doch sehr groß. Viele dieser Gesellschaften gaben später, als sie sich auf die Kriegswirtschaft einstellten und ihren Fabrikationspreis dementsprechend einsetzten, reichlichen Gewinn. Aber diese Umstellungen erfolgten doch erst nach geraumer Zeit. Jedenfalls kaum irgendwo so früh, daß bereits auf die Steuerdeklaration für 1915 dieses Ergebnis wesentlich in Betracht kommen konnte. Für die Veranlagung des Jahres 1915 mußte außerdem gerade bei den physischen Personen ein erhebliches Minus entstehen. Denn der größte Teil der von seiner Hände Arbeit lebenden steuerzahlenden Bevölkerung war zu den Waffen berufen und fiel mit dem ganzen Arbeitseinkommen und womöglich auch mit einem Teil seines Einkommens aus Vermögen aus der Steuerrolle hinaus.

Aus allen diesen Gründen war von vornherein anzunehmen, daß das Jahr 1915 das schlechteste der ganzen Kriegswirtschaftsjahre sein würde. Und es lag deshalb keine Veranlassung vor, von einem höheren Standpunkt aus das Ergebnis dieses Jahres etwa als normal für die Schätzung der Kriegseinkommen anzunehmen. Um sich ein richtiges Bild der Steuerverhältnisse während der Kriegsjahre zu bilden, war es vor allem notwendig, sich einmal in erster Linie die Aufwendungen des Staates für Kriegszwecke und deren Verteilung zu betrachten. Als wir an die Steuereinschätzung für 1915 herangingen, waren dem Reiche insgesamt 40 Milliarden Kriegskredite bewilligt und davon waren rund 23 Milliarden, d. h. 23000 Mill. bereits verausgabt. Die englische Blockade hat die gewiß an sich nicht beabsichtigte Wirkung zur Folge gehabt, daß der allergrößte Teil dieser Riesensumme im eigenen Lande ausgegeben war. So schien ohne weiteres klar, daß der überwiegende Teil dieser 23 Milliarden in Form von Ein-

kommen unter die deutsche Bevölkerung gelangt war. Selbst wenn man einen sehr erheblichen Betrag für Kosten der Rohstoffe abzog und wenn man gar nicht beachtete, daß an diesen Rohstoffen ja schließlich verdient wurde, mußte eine in die Milliarden gehende Summe für Löhne und Unternehmergeinn übrigbleiben. Selbst dann, wenn man noch die nötigen Gelder für Besoldung der Mannschaften und der Offiziere in Abzug brachte. Wenn man das gesamte normale Jahreseinkommen des deutschen Volkes auf rund 40 Milliarden (wie es Helfferich tut) veranschlagt, so wird ohne weiteres klar, welcher erheblicher Betrag von Einkommensausfall durch den Krieg wieder wettgemacht wird durch die Kriegsausgaben des Reiches. Nun haben aber nicht nur das Reich Kriegsausgaben gemacht, sondern in erheblichem Maße auch die Bundesstaaten und die Kommunen, so daß mit dem Betrag der Kriegsanleihen allein die Gesamtdeckung für den etwa gegenüber der regulären Wirtschaft entstandenen Einnahmeausfall noch nicht erschöpft ist. Um das zu erkennen, braucht man sich ja doch nur etwas weiteres zu überlegen: Das Reich hat eine Kriegsgewinnsteuer geschaffen, aus der es sich erhebliche Einnahmen verspricht. Durch diese Kriegsgewinnsteuer werden wesentlich Mehreinnahmen und Vermögenszuwachs besteuert. Wenn man nun wirklich bei einer ziemlich erheblichen Zahl von Einzelwirtschaften ein Minderung von Einkommen und Vermögen durch den Krieg voraussetzt, so müssen doch andererseits aber nach Annahme der Reichsregierung sehr erhebliche Mehreinnahmen und sehr erheblicher Vermögenszuwachs vorhanden sein, wenn man sich von der Besteuerung dieser so große Summen verspricht. Schon aus all diesen Gründen mußte unter allen Umständen darauf geschlossen werden, daß im Steuerjahr 1916 erheblich andere Steuerverhältnisse als früher sich geltend machen werden.

Was die Einkommensarten anbetrifft, so wird man annehmen müssen, daß im Durchschnitt wie auch in der Gesamtsumme die Einnahmen aus Grundbesitz auch im Steuerjahr 1916 wahrscheinlich zurückgegangen sein werden. Es wäre notwendig, daß gerade darüber diesmal ganz genaue Statistiken aufgestellt werden. Schon um einmal festzustellen, in welchem Umfange denn wirklich eine Notlage des städtischen Grundbesitzes (die wir ja alle an

sich als gegeben annehmen) vorhanden ist. So stark, wie es vielleicht zunächst den Anschein gehabt hat, werden dort wahrscheinlich die Ausfälle um deswillen nicht sein, weil ja die in die vielen Millionen gehenden städtischen Mietsbeihilfen einen gewissen Ausgleich geschaffen haben dürften. Inwieweit und nach welcher Richtung hin die Einkommensbezüge aus Wertpapieren sich verändert haben, läßt sich nicht leicht sagen. Auf der einen Seite sind allerdings die Zahlungen auf Kupons und Dividenden für ausländische Renten und ausländische Unternehmungen in Fortfall gekommen. Aber schon im Jahre 1915 ist ein nicht unerheblicher Teil dieser ausländischen Papiere abgestoßen worden. Die Besitzer haben ihre früheren ausländischen Anlagen entweder in inländischen Aktienbesitz oder in Kriegsanleihe umgewandelt, so daß viele bereits für das Jahr 1916 wieder ein Einkommen deklarieren können auf Vermögensobjekte, die während eines Teiles des Jahres 1915 noch zinslos blieben. Auf der anderen Seite nahmen aber gerade diese Kapitalistenkreise auch am höheren Ertragnis der deutschen Aktiengesellschaften teil. Obwohl natürlich gewisse Vermögensteile auch hier noch unter Minderverzinsung litten. Bei dem Einkommen aus gewerblichen Unternehmungen ist zunächst zu berücksichtigen, daß im Laufe des Jahres 1915 in steigendem Maße (bei der nächsten Steuerdeklaration wird das noch viel erheblicher in den Vordergrund treten) auch die zur Landwirtschaft fehlenden Steuerzahler in gleicher Weise wie die industriellen und kommerziellen Unternehmer mehr verdienten. Die gewerblichen Unternehmer in Handel und Industrie aber zogen bereits im Jahre 1915 ganz erhebliche Mehrgewinne. Dabei kommt aber meiner Auffassung ganz besonders der Umstand in Betracht, daß solche aus der Kriegswirtschaft erzielten Gewinne vielfach von solchen Leuten versteuert werden müssen, die bisher ein Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit überhaupt nicht versteuerten, sondern nur ein Einkommen als Angestellte. Denn die Zahl derjenigen Kriegsgewinner ist nach allem, was man bisher erfahren hat, besonders stark gewesen, die im Krieg als Angestellte eintraten und sich auf Grund der winkenden Kriegsgewinne schließlich mit mehr oder weniger Erfolg selbständig machten. Wenn trotzdem, wie es nach den bisherigen Ergebnissen der Steuerveran-

lagung für Groß-Berlin scheint, die Gewinne der großen Steuerzahler zu dem Mehrerträgnis der Steuer nur in verhältnismäßig geringem Maße beigetragen haben, so ist das nur eine vorläufige Erscheinung. Sie erklärt sich dadurch, daß die gewerblichen Unternehmer ihr Einkommen im dreijährigen Durchschnitt besteuern, und daß selbst eine Steigerung des Einkommens für 1915 im Gesamtdurchschnitt nur in Form einer verhältnismäßig geringen Erhöhung des Steuerfolls in die Erscheinung tritt. Wenn man aber die Tatsache der größeren Mehrverdienste an sich zugibt, so bedeutet gerade die geringe Mitwirkung der großen Steuerzahler bei der Vermehrung des diesjährigen Steuerfolls, daß wir mit ziemlichem Optimismus jetzt bereits die voraussichtlichen Steuerergebnisse des Etatsjahres 1917 voraussehen dürfen.

Vorläufig hat am meisten das höhere Steuerfoll der Steuerzahler mit einem Einkommen von unter 3000 *M* mitgewirkt. Auch das kann niemanden wundernehmen. Allerdings ist, wie ich schon betonte, der normale Steuerzahler im Felde. Als Ausgleich dafür aber sind die Löhne der Arbeiter, die das Glück hatten, in der Heimat arbeiten zu dürfen, in außerordentlicher Weise gestiegen. Diese Tatsache bedeutet besonders viel für Orte, in denen große Fabriken für die Kriegswirtschaft tätig waren. So hat sich z. B. in Industrieorten wie Essen, die Arbeiterzahl gegen den Frieden ganz außerordentlich vermehrt und es wird sich dort in den Steuerlisten nur genau das widerspiegeln, was die Ladeninhaber in jenen Städten, die über ihre Verdienste außerordentlich froh waren, schon lange als eigene Erfahrung kannten. Bei dieser Vermehrung des Steuerfolls aus den Einkommen unter 3000 *M* kommt meines Erachtens als ganz besonders wichtig der Umstand in Betracht, daß sehr viele Personen, die es im Friedenszustande überhaupt nicht bis zu einem steuerbaren Einkommen brachten, diesmal zur Steuer herangezogen werden konnten. Dazu zähle ich besonders die vielen jugendlichen Arbeiter, deren Einkommen heute in nicht geringen Fällen das Einkommen der erwachsenen Arbeiter im Frieden übertrifft.

Auch die weiblichen Arbeitslöhne sind entsprechend gestiegen. Das alles zusammen genommen hat, wie es vorauszusehen war, in den Steuereinschätzungen zum Ausdruck kommen müssen.

So interessant und so wichtig dieses Ergebnis der Steuereinschätzungen für die staatliche und städtische Finanzwirtschaft sein mag, sie ist beinahe noch wichtiger für den Theoretiker. Hilft sie uns doch ein Problem erklären, um dessen Lösung sich bereits heute die Wissenschaftler und die Politiker bemühen, nämlich die außerordentliche Erhöhung aller wichtigen Bedarfsartikel und der Nahrungsmittel. Man hat, um dieses Faktum zu erklären, die Abschließung Deutschlands vom Weltmarkt, die Steigerung der Valuta, die Inflation mit Banknoten und alles mögliche andere herangezogen. Und es ist zweifellos, daß all diese Umstände mitgewirkt haben. Aber mir scheint, daß schon die starke Einkommensvermehrung, die wir jetzt in den Steuerlisten zu konstatieren haben, genügt, um zu einem erheblichen Teil die Steigerung unserer Nahrungsmittel zu erklären. Man denke, daß die Menge der zum Angebot verfügbaren, der menschlichen Nahrung und dem menschlichen Gebrauch dienenden Güter aus all den Gründen, die ja oftmals schon auch hier behandelt worden sind, knapper sind als in normalen Zeiten. Wenn diesem knapperen Angebot ein größeres in den Dienst der Nachfrage zu stellendes Einkommen gegenübertritt, so ist es geradezu selbstverständlich, daß eine Steigerung der Preise die Folge sein muß. Es hat also nicht nur die natürliche oder künstliche Knappheit mancher Gebrauchsgegenstände und Nahrungsmittel gewissermaßen automatisch zur Preissteigerung Veranlassung gegeben, sondern es ist eben in Folge der gestiegenen Einkommensverhältnisse erheblicher Schichten der Bevölkerung nach den weniger Gütern womöglich eine noch erheblichere Nachfrage als in Friedenszeiten. Nicht nur aus dem Staatsfädel für Militärzwecke, auch zur öffentlichen Ernährung von Volksmassen und auch auf dem freien Markt. Das dünkt mich doch sehr wichtig, einmal zu konstatieren.

Eine neue französische Kriegsanleihe?

Von Fritz Zutrauen.

Die Entwicklung der französischen Finanzen hat, namentlich in dem soeben verflossenen ersten Halbjahr 1916, Wege eingeschlagen, die gegenüber einem Lande überraschen müssen, das seinen Kredit stets fast auf die gleiche Stufe wie seine Ehre gestellt hat, und das sich noch vor knapp zwei Jahren stolz als den Bankier der Welt bezeichnen durfte.

Unter der Voraussetzung, daß sich die Kriegskosten im letzten Vierteljahr 1916 auf der Höhe der Aufwendungen der ersten neun Monate halten werden — in Wahrheit werden sie letztere übersteigen, weil sich eben die Kurve der Ausgaben bei allen Kriegführenden unerbittlich nach oben bewegt — werden die Kriegskosten des laufenden Jahres 31 Milliarden Fr. betragen. Da nun die Feindseligkeiten in der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 31. Dezember 1915 rund 32 Milliarden verschlungen haben, so ergibt sich bis zum Ende dieses Jahres ein Total von 63 Milliarden Fr. Im letzten französischen Friedensbudget waren die Monatsausgaben mit durchschnittlich 500 Mill. Fr. angegeben, was einer Jahresaufwendung von sechs Milliarden entsprach. Auf Basis dieser Ziffer hätten sich, falls der Krieg nicht dazwischen gekommen wäre, für die Zeit vom 1. August 1914 bis zum 31. Dezember 1916 Gesamtausgaben von 14½ Milliarden ergeben. In Wirklichkeit betragen die Aufwendungen bis Ende dieses Jahres 63 Milliarden. Fazit: Frankreich hat, ausschließlich für Kriegszwecke, 48½ Milliarden Fr. hergeben müssen.

Von diesen 63 Milliarden sind bis zum 1. Mai 1916 nur rund 38½ Milliarden hereingebracht worden, wie aus folgender Zusammenstellung hervorgeht:

	in 1000 Francs
1. Normale Budgeteinzünge	6 044 971
2. In Umlauf befindliche Bons der Nationalen Verteidigung	10 019 820
3. In Umlauf befindliche Obligationen der Nationalen Verteidigung	765 938
4. In England und den Vereinigten Staaten begebene Bons	1 079 416
5. „Siegesanleihe:	
a) in bar	6 368 000
b) in eingetauschten Bons	2 268 341
c) in eingetauschten Obligationen	3 327 670
6. Frankreichs Anteil an der „Entente-anleihe“ in den Vereinigten Staaten	1 243 200
7. Vorschüsse der Bank von Frankreich	7 300 000
8. Vorschüsse der Bank von Algerien	10 000
zusammen	38 427 356

So buntschekig, wie man sieht, die verschiedenen Geldquellen sind, so wenig haben sie doch genügt, um den gewaltigen finanziellen Anforderungen der Kriegführung gerecht zu werden. Denn

wenn auch die Vorschüsse der Bank von Frankreich seither die achte Milliarde bereits erreicht haben, und wenn auch noch aus zu erwartenden Steuereinzünge und aus dem Absatz weiterer Bons der Nationalen Verteidigung bestenfalls 6 bis 7 Milliarden Fr. an Einzünge zu erwarten sind, so bleibt immer noch ein ungeheures Defizit bestehen, dessen Deckung die französischen Regierenden mit schweren Sorgen erfüllen muß.

In welcher Weise ist die Beschaffung der fehlenden Milliarden mit einiger Sicherheit in Aussicht zu nehmen? Die normalen Budgeteinzünge sind bereits so in Rechnung gestellt, daß von irgendwie nennenswerten Erhöhungen — wenn überhaupt Erhöhungen in Frage kommen — schwerlich die Rede sein kann. Der Absatz von Bons der Nationalen Verteidigung und die zu erwartenden weiteren Steuereinzünge sind mit 6 bis 7 Milliarden eingestellt, was als ein schönes Beispiel für den unentwegten französischen Optimismus gelten kann. Auf neue Anleihen großen Stils im Auslande ist auch nicht mit absoluter Zuverlässigkeit zu rechnen, zumal wenn die Dinge in Mexiko eine Entwicklung nehmen sollten, der gegenüber die Vereinigten Staaten für große Anleihen an die Ententemächte kaum noch zu haben sein werden. Unterhandelt wird ja schon lange in diesem Sinne. Ob aber die Besprechungen angesichts der kritischen Lage in Mexiko in absehbarer Zeit einen Erfolg haben werden, steht doch dahin. Bleiben schließlich, als letzte Ressource, die Vorschüsse der beiden französischen Emissionsbanken. Auf eine weitere Inanspruchnahme der Bank von Algerien, die bereits mit 10 Mill. Vorschüssen beteiligt ist, dürfte nicht zu rechnen sein. Wenn doch — so kann es sich doch immer nur um eine Summe handeln, die kaum ins Gewicht fällt. Was aber die Banque de France anbelangt, so haben deren Vorschüsse an den Staat eine Höhe erreicht, die nur noch in begrenztem Maße überschritten werden kann.

In der Tat hat die Inanspruchnahme des französischen Noteninstituts durch den Staat rasch einen Umfang angenommen, dem gegenüber irgendwelche Maßnahmen baldigst getroffen werden müssen. Zu wiederholten Malen ist die Notengrenze der Bank von Frankreich während dieses Krieges beträchtlich erweitert worden. Die letzte, vor wenigen Monaten beschlossene Erhöhung setzte den Maximalbetrag auf 9 Milliarden fest. Laut Ausweis vom 22. Juni d. J. hatte die Summe der Vorschüsse an den Staat bereits 8 Milliarden Fr. erreicht, so daß sie sich der Maximalgrenze bereits stark genähert hat. Dazu kommen mehr als 1 Milliarde Fr. Vorschüsse an die Verbündeten. Wird man die Maximalgrenze neuerdings erhöhen? Die Versuchung, auf diesem bequemen Wege fortzu-

schreiten, ist groß genug. Wenn trotzdem äußerst wichtige Erwägungen dagegen sprechen, so geschieht es mit Rücksicht auf den Goldschatz der Bank von Frankreich und die damit zusammenhängenden Fragen der Notendeckung und des inneren Werts der französischen Banknote. Denn die Goldbestände des französischen Emissionsinstituts haben, ungeachtet der mit großem, fast theatralisch zu nennenden Tamtam in Szene gesetzten Sammlungspropaganda doch nur unbedeutend zugenommen. Wohl hatte die Bewegung, einen Teil des ängstlich thesaurierten Goldes aus dem berühmten wollenen Strumpf in die Kassen der Bank von Frankreich zu leiten, anfangs einen achtbaren Erfolg. Aber die Begeisterung ist, entsprechend der gallischen Mentalität, längst wieder abgeflaut. Dazu kommt, daß Frankreich sich dauernd in der Notwendigkeit sieht, beträchtliche Goldmengen, im Interesse der Regulierung der Wechselkurse, an das Ausland, namentlich an England, abzugeben. Unter diesen Umständen ist jede Erhöhung der Notenzirkulation und die dadurch bedingte Verschlechterung der Deckungsverhältnisse eine Bedrohung des inneren Werts der französischen Banknote und damit des französischen Kredits selbst. So lange nicht starke Goldeingänge die Steigerung des Notenumlaufs wettmachen, ist die Finanzsicherung der Bank von Frankreich eine gefährliche Politik. An starke Goldeingänge ist aber schwerlich mehr zu denken.

So bleibt dem französischen Finanzminister im Grunde nur noch ein Ausweg: der der *Anleihe*. Der Gesetzentwurf Ribots, durch den bis zum 30. September d. J. provisorische Kredite angefordert werden, läßt über die Absicht, eine neue Anleihe aufzunehmen, eigentlich keinen Zweifel. Und auch der Bericht des Generalberichterstatters der Budgetkommission Raoul Péret kann als der Auftakt einer neuen Kriegsanleihe angesehen werden.

Zunächst entsteht die Frage, in welcher Form, zu welcher Zeit und unter welchen Bedingungen die Anleihe aufgenommen werden soll. Die Beantwortung dieser Frage ist schwer. Während bei uns für den Termin einer Anleiheemission im wesentlichen nur Erwägungen wirtschaftlicher Art, wie Rücksichten auf die Lage des Geldmarktes usw., maßgebend sind — die fünfte Kriegsanleihe steht für den Herbst bevor, nachdem die Ernte hereingebracht worden ist —, sprechen in Frankreich auch Erwägungen militärischer und politischer Art mit, solche sogar in hervorragenderem Maße als rein wirtschaftliche Rücksichten. Bei dieser Sachlage pflegt der französische Finanzminister seine Entschlüsse erst im letzten Augenblick zu fassen, so daß er sich über die Form der neuen Anleihe und über die Emissionszeit gegenwärtig sicherlich selbst noch nicht im klaren ist. Er wartet nur den günstigsten, d. h. den ihm am wenigsten ungünstig erscheinenden Moment ab, um rasch zuzupacken, nach Art jener Verkäufer, die in Zeitungen nach „schnell entschlossenen“ Käufern suchen, um ihnen ihre „Gelegenheiten“ aufzuhalsen. Diese schnell

entschlossenen Käufer pflegen dann unmittelbar hinterher, aber immer noch zu spät, einzusehen, daß sie erbarmungslos hineingelegt worden sind.

So ist es auch bei der berühmten „Siegesanleihe“ im vorigen Jahr gewesen. Ueberwältigend war ja deren Ergebnis nicht, wie sich aus obiger Zusammenstellung einwandfrei ergibt, denn von den insgesamt gezeichneten 11964 Millionen waren nicht weniger als 5595 Mill., also nahezu die Hälfte, mit eingereichten Bons und Obligationen der Nationalen Verteidigung „bezahlt“ worden. Unter diesen Umständen ist die Zahl der Leidtragenden vergleichsweise beschränkt. Immerhin sind die erlittenen Verluste noch groß genug. Denn die mit 88 aufgelegte 5proz. Anleihe wird heute, auf einem gänzlich geschäftslosen Markte, nominell mit 88,40 notiert. Aber auch wenn dieser nominelle Preis der Ausdruck lebhafter Umjähre wäre, so wäre das Ergebnis nichts weniger als ermutigend. Denn der angegebene Kurs enthält die seit dem letzten Coupontermin aufgelaufenen Zinsen, so daß er in Wirklichkeit einen namhaften Verlust gegen den Emissionspreis bedeutet.

Beidieser Sachlage wird es schon besonderer Kniffe, an denen es ja auch bei der „Siegesanleihe“ keineswegs gefehlt hat, bedürfen, um die Zeichner von neuem anzulocken. Da ist zunächst die schwere Frage, wie man die neue Anleihe bezeichnen soll. Der Superlativ — das Wort „Siegesanleihe“ — ist bereits mit echt gallischer Generosität längst vergeben worden. Einen anspruchloseren Namen zu wählen, geht nicht wohl an, soll der neuen Anleihe nicht von vornherein jede Zugkraft genommen werden. Und doch wird Herrn Ribot nichts anderes übrigbleiben, weil doch eine Steigerung des Wortes „victoire“ auch dem französischen Sprachempfinden unmöglich ist. Freilich ist die Bezeichnung „emprunt de la victoire“ längst wieder verschwunden. In allen amtlichen Schriftstücken, in den Geschäftsberichten der französischen Banken — überall wird nur noch ganz bescheiden vom „emprunt national“ gesprochen. Das Wort, daß das Lächerliche tötet, stammt aus Frankreich. Nachdem die Einzahlungen auf die „Siegesanleihe“ geleistet waren, hat man sich der Wahrheit dieses Wortes glücklich wieder erinnert. So ist denn der Vorschlag gemacht worden, die neue Anleihe „emprunt des crédits et des dépenses de guerre“ zu nennen. Ein langer Name ohne jede Zugkraft, der beweist, wie bescheiden man in Frankreich geworden ist.

Léon Say, der seine Pappenheimer kannte, hat von dem französischen Publikum gesagt, daß man es zu Ersparnissen gewissermaßen zwingen muß, und daß es zu kindlich ist, als daß man ihm nicht sagen müßte, wie es sparen muß. („On lui fait son épargne pour ainsi dire de force. Il est trop enfant pour qu'on ne lui dise pas comment il faut épargner.“) Seither haben sich die Zeiten doch gründlich geändert. Zu Ersparnissen braucht man die Franzosen kaum noch zu zwingen, denn die

französiſche Nation iſt eine Nation von Sparern. Und daß die Franzoſen noch ſo kindlich ſind, wie Léon Say ſie ſchilderte, darf doch einigermaßen bezweifelt werden. Die Ergebniſſe der „Siegedanleihe“ haben bereits bewieſen, daß die Franzoſen, deren

Urteilsloſigkeit in finanziellen Dingen einſt berühmt war, doch anfangen, endlich umzulernen. Die bevorſtehende „Anleihe der Kriegskredite und Kriegsausgaben“ dürfte beweifen, daß dieſe neue Erkenntnis im Zunehmen begriffen iſt.

Verkaufsorganisation in Maſchinenfabriken.

Von Ingenieur Bruno Roſemann, Mannheim.

Schluß aus Heft 21/22 (S. 238 ff.)

Es iſt noch ein Wort über die Reklame zu ſagen. Viele Filialleiter neigen zu der Anſicht, daß ſie am beſten wiſſen müſſen, in welchen Zeitungen ihres Bezirkes, und in welcher Form Empfehlungen zu erſcheinen haben und daher auf eigene Faust Reklame treiben möchten. Dem wird Rechnung getragen, indem eine Aufſtellung der in Betracht kommenden Zeitungen mit den Vorſchlägen über Häufigkeit, Größe und Abfaſſung der Anzeigen vom Filialleiter einmal im Jahre bei Neuauſſtellung der Reklame verlangt wird. Der Abſchluß mit den Zeitungen oder Annonzen-Agenturen geſchieht jedoch excluſiv vom Reklamebureau der Zentrale aus unter Aufgäbe der be-
nutzten Zeitungen an die Filiale. Auch andere Anzeigen, wie Personalgeſuche, Verkaufsanzeigen von Gelegenheitsverkäufen uſw. müſſen der Zentrale mitgeteilt werden, um laufende Abſchlüſſe bei Zeitungen auszunützen. Ebenſo muß der Plakatauſhang, Be-
teiligung an Maſchinenmärkten, Ausſtellungen uſw. im gegenseitigen Meinungsaustausch zwischen Zentrale und Filiale feſtgeſetzt werden. Man findet bei Beamten der Zentrale häufig die Anſicht, daß ſie alles beſſer wiſſen müßten, weil ſie in der Zentrale ſitzen. Dies iſt eine vollkommen verkehrte und ich möchte ſogar ſagen dünnkelhafte Auffaſſung. Der Vertreter kennt ſeinen Bezirk und die dortigen Verhältniſſe und informiert die Zentrale darüber — nicht umgekehrt —, vorausgeſetzt allerdings, daß die Firma es verſtanden hat, ſich tüchtige Filialleiter heranzubilden. Bezüglich der geeigneten Perſönlichkeiten iſt am meiſten zu empfehlen, Beamte des eigenen Betriebes, die man Gelegenheit gehabt hat, kennen zu lernen und die ſelbſt durchaus eingearbeitet ſind, zu Filialleitern zu beſtimmen. Ein häufiger Wechſel und die Anſtellung fremder Herren aus Konkurrenzfirmen ohne vorhergehende geeignete Ein-
arbeitung, die ſich mindedeſtens über Monate erſtrecken ſollte, iſt ein ſchwerer Fehler und arbeitet direkt einer ruhigen und vorteilhaften Entwicklung eines Bezirkes entgegen. Häufig hat man auch die Beobachtung gemacht, daß z. B. Reiſende der Konkurrenz äußerſt tüchtig waren und viele Aufträge weggeſchnappt haben. Man gab ſich dann Mühe, einen ſolchen erfolgreichen Verkäufer auf ſeine Seite herüberzuziehen und mußte erfahren, daß er vollkommen verſagte. Also kann nicht genug empfohlen werden, nur gutbekannte und geeignete Leute, die längere

Zeit in der Zentrale verbracht haben, hinauszuschicken. Auch hier iſt die Ausarbeitung eines ge-
wiſſen Regulativs von Vorteil, welches die Aus-
bildung der als Vertreter vorgeſehenen Beamten regelt. Für den Ingenieur, der Filialleiter werden ſoll, iſt es nötig, daß er im techniſchen Bureau Gelegen-
heit findet, die Konſtruktionen und ihre Ver-
änderungen und früheren Ausführungen kennen zu lernen, und ebenſo auf dem Probierplatz und in der Werkſtatt ſich einarbeitet, ſogar evtl. auf Montagen mitgeht. Damit kennt er dann genau das Fabrikat, das er verkaufen ſoll. Für den kaufmänniſchen Teil iſt es notwendig, daß er längere Zeit im Offertbureau und in der Auftragserteilung tätig iſt, um die Ge-
pflogenheiten bei Offertabgabe (Rabattſähe, Vertreter-Einteilung, Reklamematerial, Aufmachung der Offerten uſw.) kennen zu lernen und ebenſo den Gang, welchen ein Auftrag nimmt, von der Auftrags-
erteilung an bis zur Expedition. Wenn dann noch kurze Zeit in der Buchhaltung, im Verſandbureau und evtl. in der Einkaufsabteilung zugebracht worden iſt, kann bei eingehender Aufmerkſamkeit die Aus-
bildung beendet ſein. Aber niemals ſollte eine Firma jemanden nach flüchtiger Einarbeitung hinauſſchicken in der Vorausſetzung, daß er ja von der Branche iſt und den Gegenſtand kennt. Der Aufwand an Mühe und Arbeit bei eingehender Information wird ſich ſpäter durch größere Verkaufserfolge, leichteres Arbeiten und weniger Fehler bezahlt machen.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika beſtehen bereits ſeit längerer Zeit ſogenannte Verkaufſchulen, welche entweder von einer Fabrik für ihren ſpeziellen Artikel zum Zwecke der gründlichen Einarbeitung ihrer Vertreter eingerichtet ſind, oder als unabhängige Schulen allgemein zur Heranbildung von tüchtigen Verkäufern exiſtieren. Der Lehrplan zerfällt in zwei Kurse. Im erſten derſelben erhält der Schüler die genaue Kenntnis des von ihm zu verkaufenden Artikels bezüglich der Arbeitsweiſe, der Herſtellung und der evtl. Betriebsſtörungen, ſo-
daß derſelbe ſpäter in den Stand geſetzt iſt, die Urſache von Störungen an einer Maſchine zu erkennen und gegebenenfalls ſogleich Abhilfe zu ſchaffen. Bei der Erklärung der Konſtruktion wird auch ausführlich auf die Konkurrenzfabrikate und deren Schwächen, bezw. die Vorzüge des eigenen Fabrikats eingegangen. Im zweiten Kurse lernt der Schüler die Art des Ver-

kaufens und des Angebots, wobei bis in die kleinsten Einzelheiten gegangen wird, z. B. betreffs der äußeren Erscheinung, der Kleidung, des Benehmens usw., sogar bestimmte Ausdrücke und Redewendungen werden ihm zur Vorschrift gemacht.

Näheres über diese Verkaufsschulen findet sich in einem Vortrag, welchen der Fabrikdirektor und Dozent der technischen Hochschule Braunschweig, Teetzmann, im bairischen Industrie- und Gewerbeblatt am 2. Mai 1908 veröffentlicht. Außerdem möchte ich auf einen Aufsatz „Die Organisation der Westinghouse Electric Co.“ von Dipl.-Ing. Dr. Waldemar Koch in der Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“, Jahrgang 1908, hinweisen, der sich ebenfalls mit meinen obigen Ausführungen deckt.

Aus ihm geht hervor, daß die Verkäufer sämtlich Ingenieure sind, sodann welche große Sorgfalt die Firma der Ausbildung derselben zuwendet und drittens, daß die Angestellten je nach Befähigung in ganz bestimmter Weise aufzürücken. Auch hier wird der Ausbildungskursus erwähnt, dem von unserer Seite um so mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden sollte, als es doch erwiesen zu sein scheint, daß er seinen Zweck erfüllt und die aufzuwendende Zeit und Mühe lohnt. Wenn nun auch nicht jede Fabrik solche Verkaufsschulen einrichten und den von der Westinghouse Electric Co. verfolgten Weg immer einschlagen kann, so muß doch auf eine eingehende Information und einen längeren Aufenthalt im Stammhause Bedacht genommen werden, woraus der weitere Vorteil entspringt, daß der Betreffende, bevor er draußen stationiert wird, weit mehr Fühlung mit dem ganzen Geschäftsgang bekommt und in persönliche Berührung mit denjenigen Beamten tritt, mit denen er später hauptsächlich zu tun hat. Er wird also z. B. bei telephonischen Anfragen stets sich an die richtige Abteilung bezw. den Herrn wenden, der die bestimmte Angelegenheit behandelt und bekommt im allgemeinen auch ein viel sichereres Zugehörigkeitsgefühl zur Firma. Auch daß die Vertreter, namentlich die benachbarten, sich untereinander persönlich kennen lernen, erleichtert das Zusammenarbeiten. Um dies zu fördern, sind sogenannte Vertreterkonferenzen sehr geeignet, die etwa einmal im Jahre abgehalten werden und die Vertreter z. B. aus Deutschland und nach Möglichkeit auch aus dem Auslande im Stammhause vereinigen.

Hierbei dürfte es vorteilhafter betr. Kosten, Zeitaufwand und Erfolg sein, wenn alle Vertreter gleichzeitig anwesend sind, als wenn der eine alle paar Wochen kommt, ein anderer sich jahrelang nicht sehen läßt. Allerdings, wenn eine Firma ihre Verkaufsorganisation in dieser Weise ausbauen und pflegen will, ist es notwendig, daß sie auch für das nötige Personal sorgt, das die Einarbeitung der Vertreter übernehmen kann und überhaupt den ganzen Verkehr mit den Filialen regelt und führt, die Anstellungsverträge ausarbeitet, die Entwicklung der Verträge verfolgt usw. Ein besonderes Bureau für diesen Zweck wird sich für größere Firmen nicht umgehen lassen, namentlich dann nicht, wenn die Ver-

treterorganisation sich auch auf das Ausland erstreckt. Dann müssen schon ein oder mehrere gewandte Herren mit guten Sprachkenntnissen, so daß sie Verhandlungen in fremden Sprachen führen können, und mit möglichster Kenntnis der Marktverhältnisse in allen Weltgegenden, vorhanden sein, die sich dauernd diesen Dingen widmen und den Weltmarkt verfolgen können.

Gelegentlich der Auslandorganisation werde ich nochmals auf diesen Punkt zurückkommen und möchte nur vorher noch einige allgemeine Fragen behandeln, welche sich in erster Linie auf Inlandsfilialen beziehen. Z. B. findet die Frage, ob sich eine Filiale auch mit dem Verkauf von Artikeln befassen soll, die die Zentrale nicht fabriziert, sehr verschiedenartige Beantwortung. Bei einzelnen Branchen, z. B. bei Automobilsfabriken, versteht es sich von selbst, daß ein Verkaufsbureau auch alle Zubehörteile, wie Reifen, Scheinwerfer, Hüpen, Geschwindigkeitsmesser usw. führt. Diese Gegenstände werden meist von den betreffenden Firmen in Konsignation gegeben. Den Filialen ist in der Geschäftsordnung vorzuschreiben, daß sie mit der Uebernahme solcher Artikel zum kommissionsweisen Verkauf keinerlei Verpflichtung zur Bezahlung nach einer bestimmten Zeit übernehmen, und auch das Risiko — also z. B. Versicherung gegen Feuer, Einbruch usw. von der Lieferantin zu tragen ist. Auch zur Abgabe von Benzin dürften wohl die meisten Bureaus geneigt sein. Anders ist es z. B. bei der Filiale einer Lokomobilsfabrik, wo nicht so viele Nebenteile in Frage kommen. Doch tritt hier z. B. die Frage der Schmieröllieferung an den Kunden auf, welche, wenigstens während der Garantiezeit, im Interesse des Fabrikanten liegt. Es muß jedoch vermieden werden, daß jede Filiale für sich Öl nach eigenem Gutdünken liefert, sondern der Abschluß muß von der Zentrale ausgehen und die Filialen besorgen nur die Weitergabe der Aufträge an die Zentrale, welche die entsprechenden Mengen unter Aufgabe der Versandadresse abrufen. Der Gewinn aus der Lieferung wird sodann der Filiale zugeschrieben. Selbstverständlich geschieht auch die Ausstellung der Rechnung durch die Zentrale, damit alle Kunden gleiche Preise erhalten und nicht die Preisfestsetzung in das Belieben unsatzgieriger Filialleiter gestellt ist. Gegen solche Art Nebengeschäfte ist nichts einzuwenden, häufig werden sie sogar vom Kunden verlangt. Etwas anderes ist es z. B., ob eine Gasmotorenfirma in der Filiale auch Pumpen oder Dynamos führen soll. Auf diese Frage werde ich bei den ausländischen Vertretungen gelegentlich der Kollektivfilialen zurückkommen. Alle solche Fragen, wie die vorstehenden, gehören zum Arbeitsgebiet der oben angeedeuteten Bureaus für Vertreterangelegenheiten. Dieses Bureau hätte außerdem einen Kontrollbeamten zu stellen, der in unregelmäßigem Turnus und zu unbestimmten Zeiten die Filialen zu revidieren hat, und seine persönlichen Beobachtungen machen muß. Auch möchte ich wieder die Forderung aufstellen, daß dieser Beamte ein Ingenieur sein sollte, damit er dem Filialleiter auch gelegentlich mit Rat und

Auskunft nützlich sein kann. Da die Kassenführung und Buchhaltung in der Zentrale geschieht, kann das bisherige Kassenkontrolle auch von einem entsprechend vorgebildeten Ingenieur ausgeübt werden. Um der Persönlichkeit und ihren Wünschen und Anordnungen jedoch den erforderlichen Nachdruck zu verleihen, wird es nicht zu umgehen sein, ihr Vollmacht und Unterschriftsberechtigung zu erteilen. Eine solche dauernde Kontrolle macht sich schon bezahlt durch die große Ordnung, die damit jedenfalls in den Filialen erreicht wird, und durch die Kenntnisse und Erfahrungen, die die Zentrale dadurch erwirbt, und welche gesammelt und nutzbar gemacht werden müssen.

Und nun noch ein Wort über das Festlegen von Vertreterbezirken, eine weitere Aufgabe für das Vertreterbureau. Sehr verbreitet ist die Grenzbestimmung durch Flußläufe, Straßen und Eisenbahnen, die aber häufig zu Gebietsüberschreitungen und Streitigkeiten führt, denn rechts oder links der Eisenbahn ist keine zweifelsfreie Bestimmung, da wohl die meisten Orte zu beiden Seiten der Eisenbahn, einer Straße oder eines Flusses liegen. Die bequemste und sicherste Einteilung ist nach den politischen Grenzen oder nach Regierungsbezirken, Kreisen usw. Dabei muß aber wieder auf die günstigsten Eisenbahnverbindungen Rücksicht genommen werden, damit nicht ein Reisender von der einen Filiale zum Besuch eines Ortes einen ganzen Tag verschwenden muß, der von der benachbarten Filiale in zwei Stunden erledigt werden könnte. Bezüglich der Einhaltung der Vertretergrenzen muß darauf geachtet werden, daß in der Regel Gebietsüberschreitungen nicht vorkommen. Bekommt eine Filiale eine Anfrage aus einem fremden Gebiet, so hat sie dieselbe unverzüglich weiterzugeben an die zuständige Filiale oder an die Zentrale, in dringenden Fällen telephonisch. Eine Ausnahme kann nur gemacht werden, wenn der Reflektant die Vermittlung des zuständigen Vertreters aus irgendwelchen Gründen ablehnt oder wenn sonst Gefahr besteht, daß bei einem Aufschub oder einer Verweisung ein Geschäft sich zerschlagen könnte, also z. B. bei persönlichem Besuch im Bureau oder gelegentlich einer Ausstellung usw. Ein Verkauf in fremdem Gebiet ist jedenfalls sofort dem zuständigen Bureau mitzuteilen und entweder das ganze Geschäft oder ein gewisser Gewinnanteil abzutreten. Es kann oft zweifelhaft sein, in welches Gebiet ein Verkauf zu rechnen ist, wenn z. B. der Käufer die Maschine weiterliefert oder seinen Wohnsitz, wo der Vertrag abgeschlossen wird, in einem Bezirk hat, während die Maschine in seiner Fabrik zur Aufstellung kommt, die in einem andern Bezirk liegt. Solche Fälle sind nicht leicht zu schematisieren, sondern müssen unter Würdigung der besonderen Umstände entschieden werden, am besten gelegentlich einer Vertreterkonferenz oder dem Besuche des Filialeurevisors.

Endlich ist noch ein Wort zu sagen über Vertreter, die mit besonderen Aufgaben betraut sind. Für den Verkehr mit Behörden z. B. eignet sich nicht jedermann, weshalb in vielen Gesellschaften Herren angestellt sind, welche, meist Repräsentanten genannt,

den persönlichen und schriftlichen Verkehr und alle Verhandlungen mit Behörden übernehmen, entweder weil sie selbst früher bei einer Behörde angestellt waren und daher am besten über die Geschäftsführung und die Persönlichkeiten orientiert sind (z. B. in den Privatdienst übergetretene Regierungsbaumeister usw.) oder durch persönliche Beziehungen leichten Zutritt und Einfluß haben. Dann ist allen Vertretern und Filialen mitzuteilen, daß die Verhandlungen mit bestimmten Behörden und Reflektanten (z. B. Militärbehörden, Schiffsahrtsgesellschaften) von der Zentrale geführt werden, mit oder ohne Einfluß eines Gewinnanteils.

Eine weitere Form der Interessenverretung ist endlich 4. die Tochtergesellschaft. Diese Form findet meist für Auslandsvertretungen Anwendung, einesteils um den Filialen eine größere Freiheit zu gewähren in ihren Entschlüssen und Dispositionen, hauptsächlich aber aus politischen Gründen, damit die Firma als einheimische angesehen wird. Sie firmiert in der Sprache des Landes, besitzt eigenes Kapital und arbeitet im Rahmen der allgemeinen Geschäftsordnung selbständig, allerdings natürlich in Fühlung mit dem Stammhaus und unter Kontrolle desselben. Die Bilanz der Tochtergesellschaft, d. h. ihr Gewinn, erscheint dann in der Hauptbilanz unter „Beteiligungen“ oder direkt unter „Gewinn der Tochtergesellschaften“. Häufig sind die Tochtergesellschaften verbunden mit Reparaturwerkstätten oder Fabrikationseinrichtungen. Das letztere hat in erster Linie den Zweck, auch von Behörden oder dem Staate Aufträge zu erhalten, die häufig mit der Bedingung erteilt werden, daß die Maschinen ganz oder zum größeren Teil im Lande hergestellt werden. Auch für Länder, in denen der Ausführungszwang auf erteilte Patente besteht, ist solche Fabrikationseinrichtung kleineren Umfanges von Vorteil. Diese Form der Vertretung in fremden Ländern dürfte nach dem Kriege häufiger zur Anwendung kommen, vielleicht unter gleichzeitiger Beteiligung ausländischen Kapitals. Besonders darauf aufmerksam machen möchte ich, daß der Auswahl der leitenden Persönlichkeiten von Tochtergesellschaften wegen der verhältnismäßig großen Selbständigkeit und Verantwortung und dem häufig sehr großen Wirkungskreis die allersorgfältigste Beachtung gewidmet werden muß. Darum empfiehlt es sich auch hier, Leute der eigenen Firma, die man bereits jahrelang als zuverlässig kennt, für solche Posten vorzusehen, bezw. systematisch dazu zu erziehen. Setzt man den Vorstand aus Staatsangehörigen des Landes zusammen, so ist dem Klügel, der Bestechung und der Mißwirtschaft Tür und Tor geöffnet. Zur Geschäftsführung sind solche Männer zwar nicht unbedingt, jedoch muß dafür gesorgt sein, daß ihr Einfluß nicht ausschlaggebend ist. Ist der maßgebende Leiter direkt aus dem Stammhaus bestellt, so wird er viel mehr das große Ganze im Auge haben und das Interesse der Gesamtfirma, als nur einseitig dasjenige der Tochtergesellschaft.

5. Endlich wäre noch eine letzte Form des Betriebes zu erwähnen, das ist die Gründung einer be-

sonderen Vertriebsgesellschaft. In diesem Falle hat die Fabrik nur mit dieser Gesellschaft als einzigem Kunden zu arbeiten, dem sie ihre ganze Fabrikation überläßt. Es ist dies eine Vereinfachung des Geschäftsbetriebs der Fabrik, dürfte aber gerade in Maschinenfabriken selten vorkommen. Als Beispiele wären zu nennen: Die „Vertriebsgesellschaft automatischer Schmierapparate ‚Helios‘, G. m. b. H.,“ oder „Vertriebsgesellschaft der Lochner-Werke G. m. b. H.“ u. a. Ueber die innere Organisation dieser Gesellschaften bin ich zwar nicht näher orientiert und möchte sie hier nur als ein Beispiel angeführt haben.

6. Die nächste Entwicklungsstufe ist sodann das Verkaufshandikat, welches die Verkaufsstelle

für sämtliche oder wenigstens einen großen Teil von Fabriken gleicher Branche ist, z. B. der „Verband deutscher Kupferrohrwerke G. m. b. H.“. Die Geschäftsstelle des Verbandes nimmt dann alle Aufträge entgegen und verteilt sie nach bestimmten Anteilsquoten an die einzelnen Verbandsmitglieder.

Eine spezielle Bearbeitung verdient die Verkaufsorganisation für das Ausland. Auch hier sind eine ganze Reihe von Möglichkeiten, wie die Interessenvertretungen eingerichtet werden können, welche sich nach der Art des Artikels, des Landes, der aufzuwendenden Kosten und des einzugehenden Risikos richten. —

Auslandsspiegel.

Der Handelskrieg in den französischen Kolonien.

Im „Journal“ vom 8. Juni predigt der Deputierte Pierre Verreau-Pradier den Kreuzzug gegen die deutschen und österreichischen Erzeugnisse wie folgt: Die Herren Charles Humbert, Herriot und Raoul Péret haben an dieser Stelle mit der ihnen eigenen Kompetenz auseinandergesetzt, wie sich in Frankreich, nach dem Kriege, der wirtschaftliche Kampf gegen ein neues Eindringen deutscher Erzeugnisse, dessen Möglichkeit unsere Feinde jetzt schon ins Auge fassen, gestalten wird. Aber — wenn unsere Händler und Industriellen auch die Eindringungskraft des germanischen Handels bei uns kennen, so sind ihnen die zahlreichen Absatzgebiete, welche die Deutschen und Oesterreicher in unseren Kolonien bis 1914 gefunden hatten, und die ihnen hoffentlich für immer verschlossen bleiben werden, vielleicht weniger bekannt. Vor dem Kriege hatte sich der feindliche Handel in unseren Kolonien beträchtlich entwickelt. Allein für die vom Kolonialministerium abhängigen Gebiete hatte sich die Einfuhr in fünf Jahren fast verdoppelt, trotz Zollschranken und prohibitiver Tarife. Was die Ausfuhr anbetrifft, so hat sie sich in sechs Jahren verdreifacht. Die Ursachen der Entwicklung des feindlichen Handels beruhten auf seiner ungeheuren Produktion der verschiedenartigsten Artikel und auf seinem Heer von Geschäftsreisenden, das sich in allen bewohnten Ländern ausbreitete. Was aber hauptsächlich die Kraft dieses Handels ausmachte, das war seine Anpassungsfähigkeit an die Sitten und Gebräuche jeder unserer Besitzungen. Die Kunst, ganz gewöhnliche Ware in bemerkenswerter Weise vorzulegen, hatte namentlich in Marokko den deutschen und österreichischen Erzeugnissen einen großen Erfolg gebracht. Die deutschen Händler waren bereits so weit, das Verkaufsmonopol auf Uhrwaren zu besitzen, ebenso auf Spielwaren und Werkzeuge. Die Verkaufspreise

forderten jede Konkurrenz heraus: Ein Wecker, nach amerikanischer Art, kostete 1 Frank 25 Centimes!

In Indochina waren die Ergebnisse für die Deutschen vielleicht noch schlagender. Das Zollregime dieser Kolonie ist dasjenige des Mutterlandes. Auf den ersten Blick scheint es daher, daß Indochina nur französische Produkte einführen kann. Indessen war es den Deutschen auf Umwegen, dank den englischen Freihandelseinrichtungen Singapores und Hongkongs, gelungen, eine beträchtliche Anzahl von Artikeln aller Art eindringen zu lassen. Das geschah mit Hilfe der seitens der indochinesischen Zollverwaltung den Erzeugnissen asiatischen Ursprungs zugestandenen Spezialtarife: Eine ebenso furchtbare wie mehrfache Konkurrenz. (!) Durch ihre immer steigende Einfuhr in unsere Kolonien haben sich die Deutschen und Oesterreicher nicht damit begnügt, die Kapitalien herauszuziehen: Die natürlichen Produkte jedes Landes interessierten sie gerade so, wenn nicht noch mehr. Aus Algerien exportierten sie unsere Phosphate, Zink- und Eisenerze, Häute usw., alles Dinge, die sie bei sich in zu geringen Quantitäten oder überhaupt nicht fanden. Aus Marokko empfing Deutschland für mehr als 9 Mill. einheimischer Erzeugnisse. Und die Fracht war nach Hamburg weniger hoch als nach Marseille. In alle unsere Kolonien, ungeachtet der Zollschranken, ungeachtet auch der den französischen Waren eingeräumten Vorteile, haben die Feinde also ihre Produkte importiert, und die unserigen nach ihrem Belieben ausgeführt. So wurden sie allmählich, durch Methoden, die jeder Loyalität (!) ermangelten, die Herren des Marktes, während wir ohnmächtig dem Rückgange unseres eigenen Handels zusahen, indem wir uns nur die Lasten des Unterhalts jeder unserer Kolonien vorbehielten. Wir bauten das Haus, aber die Deutschen bewohnten es. Es handelt sich jetzt darum, ihnen den Zutritt für die Zukunft

zu unterlagen. Bisher scheinen sich die offiziellen Schritte, die darauf abzielen, die Absatzgebiete und die Reichtümer, die unsere Kolonien dem Handel und der Industrie bieten, auf die Begründung des Kolonialinstituts beschränkt zu haben. Diese Organisation ist aber weit entfernt von dem Aktionsradius der Imperial Institute in London oder des Kolonialwirtschaftlichen Komitees in Berlin. Es scheint, daß viel zu erhoffen ist von einer Organisation der privaten Bestrebungen, die in mehreren Gegenden Frankreichs in kolonialer Hinsicht verwirklicht worden sind. Wir meinen die Kolonialinstitute in Marseille, Bordeaux und Nancy. Diese Institute haben es verstanden, einen durch Ausfolgung von Diplomaten (echt französisch!) sanktionierten Kolonialunterricht einzuführen, eine richtige Informationspropaganda in allen besonders interessierten Handelskreisen zu schaffen und zahlreiche koloniale Berufe (?) ins Leben zu rufen. Ihre Bemühungen scheinen die glücklichsten Ergebnisse gehabt zu haben. Es wäre zu wünschen, daß diese Institute, in größerer Anzahl und von starker finanzieller Hilfe unterstützt, sich ohne Einmischung der öffentlichen Gewalten zu einem Gesamtorganismus zusammenschließen, dessen Tätigkeit sich neben derjenigen des Kolonialinstituts entwickeln müßte. Die Mittel zu kolonialer Propaganda fehlen uns nicht. Es genügt, sie besser zu organisieren. Aber was wir vergrößern und, falls nötig, schaffen müssen, das sind die Mittel zur Befruchtung unseres Kolonialhandels. Unter diesem letzten Gesichtspunkt hat uns der Krieg gezeigt, wie ungenügend unsere Seetransporte sind — so ungenügend, daß eine Zeitlang die Beziehungen der Hauptstadt mit unseren Besitzungen völlig unterbrochen waren. Schon lange haben die erfahreneren und klarsehenderen Engländer und Deutschen erkannt, daß man, um einen Geschäftsverkehr zwischen der Hauptstadt und den neuen Ländern herzustellen, in diesen Ländern die Flagge der Hauptstadt (?) zeigen muß. Man werfe nicht ein, daß die Frage der Rückfracht ungelöst sei. Sobald ein Schiff die Produkte einer Kolonie in einen europäischen Hafen bringt, so nimmt es neunmal auf zehn in diesem Hafen die für die nämliche Kolonie bestimmten Waren. Aber neben der Transportfrage entsteht noch eine andere: Diejenige neuer Zollgesetze für unsere Kolonien, um sie für den Kampf nach dem Kriege vorzubereiten. Man muß auch daran denken, Marokko von der Zollfessel zu befreien, die uns durch die Konferenz von Algieras auferlegt worden ist. Wenn die Verbündeten, nach dem Muster des von den Vangermanisten erträumten Zollvereins der Zentralmächte, das Wirtschaftsbündnis verwirklicht haben werden, werden die festgesetzten Tarife — Verteidigungstarife gegen Deutschland und Bündnistarife, auf unsere Kolonien Anwendung finden. Dann erst werden sie mit dem Mutterlande wirklich verwachsen sein. In Erwartung dieser Reformen ist die Stunde für die Händler, die Industriellen und die Schiffsahrtsgesellschaften günstig,

um das „wirtschaftliche Ausblühen“ in unseren Kolonien zu verwirklichen. Ein Platz, der auf eine Handelsziffer von 150 Millionen geschätzt wird, ist frei. Werden wir ihn uns forntehmen lassen? . . .

Die französisch-russischen Handelsbeziehungen.

In dem Programm, das für den Wirtschaftskrieg nach dem Frieden in Frankreich entwickelt wird, nimmt die zukünftige Gestaltung des Handelsverkehrs mit Rußland einen besonderen Rang ein. Durch alle Erörterungen zieht sich wie ein roter Faden die immer wiederkehrende Frage: „Was wird aus unseren Handelsbeziehungen mit Rußland?“ Die Intensivität, mit welcher dieses Problem zur Erörterung gestellt wird, läßt beinahe vermuten, daß man der Entwicklung des deutsch-russischen Warenaustausches nach dem Kriege in Frankreich mit banger Sorge entgegenieht. Ein Beispiel für den Gedankengang, der sich an diese Frage knüpft, ist ein Aufsatz, den der bekannte Bürgermeister von Lyon, Senator Edouard Herriot im „Journal“ vom 3. Juni veröffentlicht hat. . . . Soeben haben wir die Delegierten des Staatsrats und der Duma empfangen. Eine wichtige Begebenheit: Seit dem kaiserlichen Manifest vom 17. Oktober 1905 ist Rußland eine konstitutionelle Monarchie. Kein neues Gesetz kann ohne Genehmigung der beiden Körperschaften erlassen werden. Die Gäste, die wir empfangen haben, sind tätige, bedeutende und einflußreiche Männer. Unter ihnen haben wir Herrn Protopopoff begrüßt, den Vizepräsidenten der Duma, Herrn Chingareff, den Vorsitzenden der Heeres- und Flottenkommission, ferner Herrn Miljukoff, den Führer der Kadetten. Wir fanden sie voll Vertrauen. Sie haben uns die beruhigendsten Versicherungen gegeben, und ich will glauben, daß ihre Reise die Bande enger knüpfen wird, die das französische Volk mit dem russischen verbindet. Mit dem russischen Volk, das wir noch mehr bewundern würden, wenn man uns über alles, was es tut, besser unterrichtete. Rußlands Zukunft ist ungeheuer. Wenn ein Reich 22 Mill. Quadratkilometer und 180 Mill. Einwohner besitzt, so begreift man schon, daß es Ereignisse wie diejenigen der jetzigen Zeit mit weniger Angst betrachten kann. Nichts vermag sein Wachstum oder seine Ausbreitung aufzuhalten. Tatsächlich ist sein Aufschwung seit 20 Jahren wunderbar gewesen, trotz seiner inneren Schwierigkeiten, trotz seines Krieges mit Japan. Unterstützt von seiner Landwirtschaft, namentlich seitdem der Kas von 1906 dem Bauern das Eigentum seiner Erde gegeben hat, gestärkt durch die bemerkenswerte Entwicklung seines Genossenschaftswesens (21 000 Gesellschaften im Jahre 1913 gegen 2000 in 1905) ist das russische Reich, das seine Industrie von Tag zu Tag ausdehnt, das seine Spar- und Kreditorganisation täglich entwickelt, auf dem Wege zu einer Blüte, welche die gegenwärtige Krise zwar unterbrechen, aber nicht kompromittieren konnte. Die Deutschen wissen das wohl. Sie haben gegen dieses Land eine ihrer

hauptsächlichsten Anstrengungen gerichtet. Im Jahre 1913 importierte Rußland für 1374 Mill. Rubel. Deutschland war in dieser Ziffer mit 652 Mill., Frankreich mit 57 Mill. vertreten. Oder — wenn Sie eine einfachere Formel vorziehen: Deutschland lieferte 50% der russischen Bedürfnisse, Frankreich 4%. Gerade in der Zeit, wo unsere Beziehungen mit Rußland auf politischem oder finanziellem Gebiet enger wurden, drang der Deutsche mit um so größerer Kühnheit ein (!). Er lieferte alles, was notwendig schien (schien!): Landwirtschaftliche Maschinen, Düngemittel, chemische Produkte, metallurgische und elektrische Artikel usw. Er schickte Blumen und Pflanzen. Seine Einfuhr für Seidenwaren und Kolons betrug 13 837 000 Rubel (die unserigen 1 967 000), für verarbeitete Seide 2 629 000 Rubel (die unserigen 213 000), für seidene und halbseidene Gewebe 5 729 000 Rubel (die unserigen 823 000). Wenn man über diese Ziffern nachdenken will, so wird man begreifen, warum unsere russischen Freunde so große Mühe hatten, sich von der deutschen Umfassung zu befreien. Unsere ungenügende Organisation schlug uns gerade in dem Lande, das wir mit unseren Hilfsmitteln unterstützten. Ist diese Tatsache zu begreifen? Wird sie sich nach dem Kriege wiederholen? Haben wir Unrecht, zu sagen, daß wir uns auch hier organisieren müssen? Indem Rußland dem Kriege eine gewaltige Anstrengung gibt, zeigt es uns, daß es vorauszuheben versteht. Ein russischer Journalist, Herr Timiriazeff, hat nachgewiesen, daß nach dem Kriege eine Gemeinsamkeit der Anschauungen unter den Verbündeten nötig wäre. Er hat sogar in allen Ländern der Entente die Bildung besonderer Kommissionen empfohlen, die die wirtschaftlichen Probleme nach dem Kriege zu studieren hätten. Die Wirtschaftspolitik jedes Landes würde festgelegt und könnte ohne die Einwilligung der Alliierten nicht abgeändert werden. Eine höchst interessante Auffassung! (!) Es hat sich ein russisches Exportkomitee gebildet, das den russischen Waren einen direkten Abjaz auf den europäischen Märkten unter Ausschaltung feindlicher Vermittler sichern möchte. Es ist ein Oberster Wirtschaftsrat gegründet worden. Warum machen wir in Frankreich nicht das gleiche? Der Präsident dieser Organisation, Herr Pokrowski,

erklärt, daß sie daran arbeitet, „das wirtschaftliche Niveau des Landes zu heben“. Er fügt hinzu: „Unsere Entscheidungen werden stets in Uebereinstimmung mit den Verbündeten gefällt werden. Zu diesem Zweck werden beständige Beziehungen zwischen unserem Komitee und ähnlichen in Frankreich und England bereits bestehenden Institutionen hergestellt werden.“ Wo ist, frage ich Sie, eine „ähnliche Institution“ bei uns? Ich behaupte, daß man auf diese Anstrengung mit einer entsprechenden Anstrengung antworten muß. Bald würde es zu spät sein. Ich behaupte, daß unsere ganze Zukunft in dieser Gegenwart im Keimen ist. Man verwirrt die öffentliche Meinung mit Schnurrpfeifereien. Das wesentliche wird ihr vorenthalten. Und doch fehlt es an Warnungen nicht. Im November 1915 schrieb die Petersburger russisch-französische Handelskammer, deren Präsident unser hervorragender Landsmann Herr Darcy ist, folgendes: Unsere Gesellschaft gibt sich gewiß von den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Stunde Rechenschaft. Sie kann aber nicht umhin, festzustellen, daß es zu spät wäre, erst nach dem Kriege anzufangen, daß man den Platz, falls man ihn selbst nicht eingenommen hat, besetzt finden wird, und daß jedenfalls der Kampf in jenem Augenblicke viel härter wäre. Daher muß man wenigstens jetzt schon anfangen, den Platz studieren, sich für die Zukunft vorbereiten, ein Interesse für den Markt offenbaren (!) und die feste Absicht kundtun, sich daselbst einzustellen, sobald die Umstände solches erlauben. Auf diese Definition beschränkt, hat das Programm nichts von Chimäre. Es respektiert durchaus die wirtschaftliche Unabhängigkeit Rußlands. Warum nicht dieses Jahrbuch des Exports herstellen, das uns fehlt? Warum nicht direkte Transporte zwischen Frankreich und Rußland ins Leben rufen? Unsere Feinde benutzen den von ihnen entfesselten schrecklichen Krieg, um ihre Beziehungen mit ihren Verbündeten zu stärken. Viele Beweise könnte man dafür geben. Wir haben die Pflicht, uns ebenso energisch, ebenso vorausschauend zu zeigen. Wenn ein Volk einen Sturm erträgt, wie wir ihn ertragen, sind Verzögerungen nicht zu dulden. Die Pflicht seiner Führer ist es, alle Probleme anzupacken, die die Vorbedingung seiner Zukunft sind.

Revue der Presse.

Vor kurzem verlautete, daß England sich inoffiziell erboten habe, die in den amerikanischen Häfen liegenden deutschen und österreichischen Schiffe den Neutralen zur Verfügung zu stellen. Auf dieses Angebot haben sich, wie der Welthandel (16. Juni) schreibt, amerikanische Kapitalisten nach Washington gewandt, um zur Durchführung des von England angeregten Planes die Sanktion zu

erhalten. Der Welthandel hält es für ziemlich fraglich, daß diese

spekulativen Schiffahrtspläne der Nordamerikaner verwirklicht werden. Jedenfalls müßte in Deutschland energisch Stellung dagegen genommen werden. Der deutsche Außenhandel kann es keinesfalls dulden, daß deutsche Schiffe den amerikanischen Außenhandel

fördern. In der Eingabe der amerikanischen Kapitalisten an die nordamerikanische Regierung wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Welthandel nicht noch mehr zu schädigen sowie namentlich darauf, den Handel Südamerikas zu heben. Und weiterhin wird — bei der Regierung wohl Verständnis dafür voraussetzend — nicht verschwiegen, daß sich mit der Kaperung der Schiffe noch leicht eine Billion verdienen lasse. Altruistische Gründe der Aufrechterhaltung des Welthandels scheinen demnach jedenfalls nicht bestimmend zu sein. Der Plan, von neuem aus dem europäischen Kriege Gewinn zu schlagen und dabei gleichzeitig das augenblicklich sehr im Vordergrund stehende Problem, den wirtschaftlichen Einfluß Europas in Südamerika zu lähmen, ist zu durchscheinend, um nicht erkannt zu werden. Hinzu kommt noch die Besorgnis, daß damit der amerikanischen und damit auch der englischen Lebensmittelerzeugung Abhilfe geschaffen werden könnte, so daß die allerwichtigsten Gründe vorliegen, den Plänen Widerstand entgegen zu setzen.

Wie der Berliner Börsen-Courier (25. Juni) berichtet, ist am 24. Juni in Berlin ein

Verband des Einfuhrhandels

gegründet worden. Herr von Mendelssohn, der Präsident der Berliner Handelskammer, betonte in seiner Eröffnungsrede die hohe Notwendigkeit, dem deutschen Ausfuhrhandel sofort nach Kriegsende alle Vorbedingungen zur sofortigen Wiederaufnahme des Handels geschaffen zu haben. Der deutsche Außenhandel werde nach dem Kriege jedenfalls völlig neu aufgebaut werden müssen. Die angedrohten wirtschaftlichen Maßnahmen der Entente sowie die im Lande errichteten zahlreichen amtlichen und halbamtlichen Organisationen, die für gewisse Gebiete monopolähnlichen Charakter trügen, erforderten eine Anpassung an voraussichtlich völlig neue Verhältnisse. Vor allem müsse dem freien Verkehr möglichst offene Bahn geschaffen werden. Das freie Spiel der Kräfte sei auch jetzt eine gute Vorbereitung auf den Kriegszustand gewesen. Die Dauer der Rohstoffgesellschaften halte er nur für ganz kurze Zeit nach dem Kriege erwünscht. Dem Verband sei ein reiches Arbeitsfeld gesichert: bei Fragen der wirtschaftlichen Annäherung an die Verbündeten, bei Aufstellung neuer Zolltarife, beim Abschluß von Handelsverträgen usw. sei ein Mitwirken sehr wahrscheinlich. — Nach der Abschaffung der Kapitulationen und der Einführung der Goldwährung durch die Türkei, ist nunmehr auch ein

neuer türkischer Zolltarif

geschaffen worden. An Stelle des bisherigen Wertzolltarifes ist, wie das Handelsmuseum (8. Juni) schreibt, ein spezifischer Zolltarif getreten. Vorläufer dieses neuen Tarifes könnten die Sätze des deutsch-türkischen Handelsvertrages vom 26. August 1890 genannt werden, laut denen die deutsche Regierung der Pforte das Zugeständnis eines Vertragstarifes machte. Nach dem Motivenbericht soll der

neue spezifische Tarif eine unentbehrliche Grundlage für den durch die Abschaffung der Kapitulationen erwarteten wirtschaftlichen Fortschritt bedeuten. Namentlich werde der Einfuhrhändler vor der in der Unbestimmtheit des im einzelnen Falle geltenden Zollsatzes geschützt. Er werde weiter seine Vorausberechnungen mit größerer Sicherheit treffen können, wenn er nicht durch unvorhergesehene Schwankungen der Marktpreise gestört sei. Die Finanzverwaltung könne nach dem neuen Tarif ergattere Zolleinnahmen für den Staatshaushalt voranschlagen. Endlich sei auch der spezielle Tarif handfamer und leichter anwendbar, um Handelsverträge mit dem Ausland, die ja zumeist auch spezifische Tarife beizien, abzuschließen. — In der Neuen Zürcher Zeitung (27. Juni) sind an leitender Stelle Ausführungen über die

wirtschaftliche Lage der Schweiz

enthalten. Die deutsche Note hat die wirtschaftliche Abhängigkeit der Schweiz mit Schlaglichtschärfe grell beleuchtet. Deutschland fordert die Freigabe der in der Schweiz lagernden deutschen Lebensmittel und Baumwollvorräte und weist im Falle des Versagens auf die Möglichkeit hin, die deutschen Kohlen- und Rohstofflieferungen einschränken zu müssen. Im Nationalrat wurde vom Bundesrat Schultze die Lage als sehr ernst betont. Die eventuelle Einschränkung der deutschen Einfuhr wäre ein sehr schwerer Schlag für das gesamte Schweizer Wirtschaftsleben. Mehr als die Hälfte aller Importe kämen aus Deutschland. Die Anerkennung des Rechts auf wirtschaftliche Existenz der Schweiz sei von allen Mächtegruppen dringend zu fordern. Für die Entente sei eine Sperre der Kohlenlieferungen seitens Deutschlands gegenüber der Schweiz auch aus eigennützigsten Gründen nicht wünschenswert; müßte die Schweiz sich nach einem neuen Verkäufer umsehen, so würde, da nur eine Entente-Macht in Frage käme, die Spannung auf dem Kohlenmarkt dadurch nur zunehmen. Andererseits bedeute es für das Deutsche Reich angesichts seines großen Bedarfs nicht so viel, auf die in der Schweiz lagernden Warenvorräte zu verzichten. Es läge daher im Interesse der Ententemächte, die nötigen Kompensationen, die ihr ja auch bereits bei der Gründung der S. S. S. zugestanden waren, zu billigen. — Dem Aufruf, das Gold der Reichsbank zuzuführen, folgt nun die Aufforderung auch die Banknoten zur Reichsbank zu bringen. Die Gründe, die die Ueberführung des Goldes nach der Reichsbank zweckmäßig erscheinen ließen, kommen auch bei dem Wunsche einer

Einschränkung des Notenumlaufes der Reichsbank

in Betracht. Die Zurückhaltung unseres Papiergeldes beeinflusst, wie die Kölnische Volkszeitung (20. Juni) schreibt, unsere Währungsverhältnisse ungünstig, weil dadurch der Notenumlauf beim Reichsbankausweis un-

nötigerweise höher lauten muß, als es der wirtschaftlichen Lage entsprechen würde. Ist für uns sachlich auch nichts dadurch geändert, so bietet es doch unseren Feinden die willkommene Unterlage zu einer herabsetzenden Kritik. Ein Mittel, den Notenumlauf herabzusetzen, hat jeder einzelne in der Hand. Durch eine Scheck- und Ueberweisungsrechnung bei einer Bank, Sparkasse, Postanstalt usw. bietet sich zudem die Möglichkeit einer Verzinsung auch von kleineren Summen und bietet namentlich die Bequemlichkeit einer bargeldlosen Zahlung. Durch jede hundert Mark, die als Umlaufmittel gespart werden, ist die Lage der Reichsbank gestärkt, ist unsere Valuta im Auslande gehoben. — Neben dem Wirtschaftsbündnis der Entente und dem Mitteleuropa der Zentralmächte ist, wie die *National-Zeitung* (30. Juni) russischen Blättern entnimmt, eine dritte Wirtschaftseinheit in Europa im Entstehen begriffen: der

Wirtschaftsbund der Neutralen

Der Zweck dieses wirtschaftlichen Bündnisses soll die Wahrnehmung der Interessen der Neutralen, die durch die Maßnahmen der „Wirtschaftsentente“ und „Mitteleuropa“ auf das bedenklichste bedroht erscheinen, zum Ziele haben. Glieder dieses Bundes sollen vor allem Holland, Skandinavien und die Schweiz sein. Besonders die Schweiz soll reges Interesse für die Gründung eines großen Wirtschaftsbundes der Neutralen bekundet haben. Die weiteren Sitzungen der Wirtschaftskonferenzen in Paris sollen die Richtlinien für ein derartiges Zusammengehen festigen. — Nach Mitteilungen der *Neuen Zürcher Zeitung* liegt das

fünfte eidgenössische Mobilisationsanlehen

zur Zeichnung auf. Es unterscheidet sich vom kurzfristigen vierten Anlehen dadurch, daß es beiderseitig zehn Jahre fest und am 15. Juli 1926 rückzahlbar ist. Während der Emissionskurs beim vierten Anlehen 97½% und beim dritten 96½% betrug, ist er bei dem neuen Anlehen auf 94% festgesetzt worden. Mit dem neuen Anlehen sind die auf diesem Wege aufgenommenen Schulden der Schweiz im gesamten auf 432 Mill. Fr. gestiegen. Demnach trifft den einzelnen Einwohner eine Schuldlast von 112 Fr. Dieser Satz ist gegenüber den kriegsführenden Ländern immerhin recht niedrig zu nennen. In Deutschland kommen heute auf den Kopf 664, in Frankreich 834, in England 1067 Fr. — Ein zweckmäßiger Ausbau der Arbeitsnachweise ist für die Zeit des Ueberganges in den Friedenszustand eine unerläßliche Forderung. Ueber die

Reform der Arbeitsnachweise

schreibt die *Wossische Zeitung* (16. Juni) folgendes. Der Reichstag hat in einer Resolution vom 26. März 1915 sich für die Herstellung eines Neuges von öffentlich unparteiischen Arbeitsnachweisen ausgesprochen. Der Bundesrat erließ eine Verordnung, wonach Gemeinden oder Gemeinde-

verbände verpflichtet werden können, öffentliche unparteiische Arbeitsnachweise zu errichten und auszubauen. Seitdem hat die Neuerrichtung wohl große Fortschritte gemacht, es sind aber trotzdem noch gewerbereiche Orte und Bezirke vorhanden, die daran Mangel leiden. Um der durch die Nichterrichtung von Arbeitsnachweisen zu befürchtenden mißgünstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt einzelner Distrikte im voraus zu begegnen, ist soeben eine weitere Bundesratsverordnung ergangen, die unter Umständen eine von der Behörde vorzunehmende Zwangsorganisation gestattet. Es wird zu hoffen sein, daß hierdurch die Widerstände, die zum Teil auf der Kostenfrage, zum Teil auf unsachlichen Befürchtungen in wirtschaftlicher Beziehung beruhen, beseitigt werden. — Bei Vergleichen zwischen der ersten und der

zweiten Pariser Handelskonferenz

kommt Dr. Felix Pinner im *Berliner Tageblatt* (26. Juni) zu dem Fazit, daß beide Konferenzen sich recht wenig voneinander unterscheiden. Die zutage getretene größere Spezialisierung des Wirtschaftsprogramms schließe durchaus keine größere Bestimmtheit in sich. Die Forderungen gegen Deutschland seien ausführlicher, aber nicht klarer und realer präzisiert worden. Die präzisierten Maßnahmen für den Wirtschaftskrieg seien rein methodisch aufgenommen worden und bedeuteten daher praktisch nicht allzu viel. Dr. Pinner macht auf den Umstand ganz besonders aufmerksam, daß zwischen den Beschlüssen der Konferenz und der Sanktionierung durch Regierungen und Parlament noch ein weiter Weg sei. Die Pressestimmen der Entente, die den Hoffnungen der Konferenz auf Durchbringung ihrer Beschlüsse skeptisch gegenüberstehen, werden fast täglich lauter. Der ungünstige Widerhall, den die Konferenzbeschlüsse im neutralen Ausland geweckt haben, dürfte außerdem nicht ohne Einfluß auf die Ausführung der Beschlüsse sein. — In einem sehr bemerkenswerten Artikel beschäftigt sich der Privatdozent an der Berliner Universität Dr. Arthur Nussbaum in der *Wossischen Zeitung* (23. Juni) mit dem

Schutz der 2. Hypothek

nach der neuen Bundesratsverordnung. Der vermögende Mittelstand — man schätzt für Groß-Berlin allein den Gesamtbetrag der nachstehenden Hypotheken auf 2½ bis 3 Milliarden *M.* — ist hauptsächlich an diesem Institut beteiligt. Nun hat der Krieg diesem nachstehenden Hypothekenskapital besonders übel mitgespielt, schon mit Rücksicht auf den Zinsausfall, der hier weit größer als bei ersten Hypotheken ist. Sodann ist der zweite Hypothekar stets in der Zwangslage, ob er das Grundstück erwerben oder seine Hypothek ausfallen lassen will. Aber der erste Hypothekar diktiert die Bedingungen des Grundstücksmarktes. Dieser Zwangslage suchte bereits die frühere Verordnung vom 10. Dezember 1914, aber leider noch unvollkommen, zu steuern.

Die neue Verordnung bestimmt jetzt zur Hauptsache, daß der Zuschlag schon dann versagt werden könne, wenn der von dem Ausfall bedrohte Berechtigte innerhalb der ersten drei Viertel des Grundstückswertes steht. Damit sei aber nach der Ansicht Dr. Außbaums noch wenig gewonnen, wie denn auch eine Reihe anderer Bestimmungen nach seiner Ansicht in der gesetzlich beabsichtigten Wirkung versagen dürften. Wichtig ist die neue Vorschrift, daß es dem Grundstückseigentümer ermöglicht wird, eine Einstellung der Zwangsversteigerung von sechs zu sechs Monaten selbst dann zu erwirken, wenn er seinen Zinsverpflichtungen nicht nachkommen kann: freilich wird diese Bestimmung in gewissem Maße wieder eingeschränkt. Trotz der Bemängelungen ist man jedoch durch die neue Verordnung einen erheblichen Schritt, den nachstelligen Hypotheken mehr Schutz als bisher angedeihen zu lassen, vorwärtsgekommen; und das ist zunächst die Hauptsache. — Die ungewöhnlichen Kriegsverhältnisse haben, wie der *Kölnischen Volkszeitung* (17. Juni) geschrieben wird, eine bedenkliche Lebensspannung in den

Preisübertreibungen im Eisengewerbe

gezeitigt, die im Hinblick auf analoge Verhältnisse am Ende der 1890er Jahre, zu großer Vorsicht mahnt, wenn nicht schlimmere Rückschläge und ein unaufhaltbarer Preissturz die Folge sein sollen. Das sprunghafte Steigen der Preise habe bisher unbekannte Höhen erreicht. Gerade die Rohstoffverbände seien infolge ihres Einflusses auf die Entwicklung des Marktes am besten in der Lage, die Zügel der Mäßigung in der Hand zu halten. Das nun von einzelnen Verbänden geübte Verfahren, die Preise sprunghaft in die Höhe zu treiben, hat inzwischen zu einem Eingriff des Kriegsministeriums bezüglich der Erzpreise im Interesse des Heeresbedarfes geführt. Eine weitere Aussprache zwischen der Regierung und leitenden Männern hat dann auch erreicht, daß z. B. die Stabeisen herstellenden Werke den Preis für Flußstabeisen auf 195 *M.* ab Oberhausen (statt bisher 200 bis 210 *M.*) festgelegt haben, und hierbei soll es sein Bewenden haben. Man sieht hierin einen deutlichen Wink zur Mäßigung, der beachtet werden sollte, will man die Regierung nicht zu Höchstpreisen zwingen.

Umschau.

Der Mitteleuropäische Ingenieurverband.

Führung des Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenvereins und des Verbandes Deutscher Diplomingenieure entstandene Mitteleuropäische Verband akademischer Ingenieurvereine erscheint berufen, in volkswirtschaftlicher Beziehung eine bemerkenswerte Ergänzung der bestehenden gleichgerichteten Verbände zu bilden. Die Juristen haben schon längst die Behandlung von

juristischen Berufs- und Fachfragen mit der österreichischen Kollegenschaft in die Hand genommen; in der ständigen Deputation des deutschen Juristentages ist hierfür das gegebene Organ geschaffen. Auch die Nationalökonom haben diese Fühlungnahme seit Jahren getroffen. Der Verein für Sozialpolitik gilt hier als Stelle der Gemeinschaftsarbeit. Nur die Techniker standen abseits; völlig abseits, und zwar in solchem Masse, dass es heute massgebende Fachleute in Deutschland gibt, die die österreichischen Berufsvereine nicht einmal dem Namen nach kennen, geschweige denn deren Arbeiten und Ziele. Die deutschen Techniker haben sich damit geschadet. In keinem Lande der Welt sind die akademisch gebildeten Techniker besser organisiert als im Nachbarstaate Oesterreich; in keinem Lande der Welt wurden Berufsfragen intensiver bearbeitet und Berufsideale energischer und zäher verfolgt als in Oesterreich. Indem sich die deutschen Techniker darum nicht kümmerten, nahmen sie viele Fragen in den letzten Jahren in ihr Arbeitsprogramm auf, in denen sie sich in Oesterreich wertvolle Erfahrungen hätten einholen können. Das wird nun anders werden. In der geschaffenen Arbeitsgemeinschaft ist eine Stelle gegeben, in der die Erfahrungen auf den verschiedensten Gebieten des technischen Gebietes nach dem Grundsatz des gegenseitigen Gebens und Nehmens ausgetauscht werden können. Durch diesen Austausch in internen Berufsfragen allein schon wird eine weitgehende Uebereinstimmung der Einrichtungen der Länder herbeigeführt werden. An die Regelung des selbständigen technischen Berufes (Zivilingenieurberufes), die berufliche Selbstverwaltung, die Schaffung einer Gebührenordnung, einer Berufsbezeichnung, der Regelung des technischen Hilfspersonals ist dabei gedacht. Die Ordnung all dieser Dinge ist, wenn es sich dabei auch um interne Berufsfragen handelt, volkswirtschaftlich von eminenter Bedeutung. Zu diesen Fragen mehr berufspolitischer Art kommt die Zusammenarbeit mit gleich- oder ähnlich gerichteten Vereinen auf dem Gebiete des Rechts, der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik. In Betracht kommen in dieser Beziehung beiläufig der Juristentag, der Verein für Sozialpolitik und der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein und die zahlreichen wirtschaftspolitischen Sondervereine. Wenn in diesen Vereinen von Juristen, Nationalökonom und praktischen Volkswirten Fragen der Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens, des Telegraphen- und Telephonwesens, der Entwicklung des internationalen Schiffsverkehrs auf der Donau, der Betriebsmittelgemeinschaften, der Einrichtung gemeinsamer technischer Verwaltungsorganisationen bearbeitet werden soll, muss das erste Wort der Ingenieur sprechen, denn alle Massnahmen gesetzgeberischer und organisatorischer Art ergeben sich letzten Endes als Folgen des technischen Lösungsgedankens. Der Ingenieur liefert hier nicht nur das konkrete Material, sondern er ist vermöge seiner Allgemeinbildung als Mann des praktischen Lebens auch bei der endgültigen Formulierung dazu berufen, den Konnex mit den Tatsachen der Volkswirtschaft aufrecht zu erhalten!*

Herr Syndikus Leo Colze-

Berlin schreibt: Die verschiedenen Berufszweige und Wissenschaften beginnen sich nun, da die Verbindung

zwischen der Türkei nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich so ausserordentlich eng und vielversprechend geworden ist, zu fragen, von welchem Wert das Land des Halbmondes für sie werden kann. Neben den Vertretern reiner Handelsinteressen sind es auch die Zweige der wissenschaftlich begründeten deutschen Industrie, für die die Türkei als Land der unbegrenzten Möglichkeiten Bedeutung gewinnt. Wir alle wissen, dass ein Teil der Erfolge auf den Kriegsschauplätzen nicht zum wenigsten der deutschen Optik zu danken ist. Das Jenaer Glas beherrscht die Welt, und die auf den Erfahrungen der letzten vierzig Jahre aufgebaute deutsche Optik ist unerreichbar. Namen wie Abbé, Zeiss, Schott, Steinheil und auch Goerz kennt wohl auch jeder Laie. Bei der Beurteilung der Türkei als Absatzgebiet für die Erzeugnisse der deutschen optischen Industrie wird man vieles zu berücksichtigen haben, was bei der Erschliessung anderer Länder ausgeschaltet werden kann. Im Orient steht es um die Augenpflege und die Gesundheit der Augen recht böse. Viele Augenkrankheiten haben ihre Wiege im Orient (ägyptische Augenkrankheit) und der Prozentsatz der Blinden in Kleinasien, Aegypten, Syrien, Mesopotamien und Persien ist enorm hoch. In der „Deutschen Optischen Wochenschrift“ beleuchtet der Augenarzt Dr. Meyerhof, Kairo, die Aussichten und Aufgaben des deutschen Optikers im Orient und kommt zu dem Resultat, dass der deutschen optischen Industrie sich bei den Türken und Arabern ein ganz gewaltiges Absatzgebiet erschliessen lässt, wenn sorgsam und umsichtig, sowie nach einem grosszügigen Organisationsplan, gearbeitet wird. Deutsche optische Firmen gibt es im ganzen Orient noch kein halbes Dutzend, in Aegypten keine einzige. In Kairo gab es vor 10 Jahren unter 60 Augenärzten nur 6 oder 8, die zylindrische Brillen nach regelrechter Feststellung der Brechkraft der Augen richtig zu verordnen wussten. Gerade für Schutzbrillen ist bei der enormen Verbreitung von Augenkrankheiten und dem grellen Sonnenlicht der Orient bekanntlich ein glänzendes Absatzgebiet. Heute werden Brillen bei fliegenden Händlern, oft bei Postkartenhändlern, auf den Strassen gekauft.

Von den europäisch gebildeten Kreisen aus verbreitet sich in den weiteren Volksschichten Aegyptens, der Türkei und Persiens mehr und mehr neben einem gesteigerten Nationalbewusstsein der glühende Drang nach Bildung, der sich in der Gründung zahlreicher Schulen, auch für Mädchen, äussert. So wird denn in Zukunft die Zahl der des Lesens und Schreibens Kundigen (in Aegypten waren es 1907 nur 8% der einheimischen Bevölkerung) rasch steigen, und damit auch der Bedarf an Brillen. Erhöhte Anforderungen an die Sehleistungen der Beamten werden auch in den südlichen Provinzen der Türkei und Persiens notwendig werden, da dortselbst die Augenkrankheiten fast so schlimm herrschen wie in Aegypten. Die betreffenden Regierungen könnten sonst häufig in die Lage kommen, Entschädigungen für angeblich im Dienst verschlechterte Sehkraft an Leute zahlen zu müssen, die schon längst vor ihrem Dienst Eintritt kranke und schwachsichtige Augen hatten. Auch da wird also ein starker Verbrauch an Brillen eintreten. Dass in diesen Ländern mit Beginn einer regelrechten Landesaufnahme und Schaffung von Landstrassen und Eisenbahnen Vermessungsinstrumente

und ihre Reparatur wichtige Dinge sein werden, versteht sich von selbst. Ebenso werden Ferngläser, Taschenlampen, Augenspiegel, photographische und kinematographische Apparate, sowie allerhand elektrische Kleinapparate mit der Zeit in steigendem Masse Bedarfsartikel werden, wie sie es in Aegypten heute schon sind. Wenn einerseits also die Aussichten der optischen Industrie im Morgenlande gute sind, so hat andererseits der deutsche Optiker dort auch die Aufgabe zu erfüllen, Vertreter und Vorkämpfer dieser Industrie seines Vaterlandes zu sein. Man darf nämlich aus der politischen Lage nicht den Schluss ziehen, dass der deutsche Kaufmann sich nur im Orient zu zeigen brauche, um mühelos das Feld zu erobern und den goldenen Segen einzuernsten! Im Gegenteil: Kampf und Mühsal harret dessen, welcher sich zur Niederlassung im nahen Orient entschliesst. Die in Betracht kommenden Länder sind durch jahrzehntelange Misswirtschaft, Kriege, innere Wirren und Seuchen stark entvölkert und verarmt. Da heisst es, sich mit Festigkeit und Geduld wappnen: Die Ueberlegenheit des deutschen Erzeugnisses, der Fleiss, die Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit des deutschen Geschäftsmannes tragen schliesslich doch den Sieg davon. Aber Zeit ist nötig, und der Anfänger muss meistens auf mehrere Jahre Wartezeit rechnen, bis er alle Widerstände überwunden, sich in Sprachen und Sitten eingelebt und das Vertrauen des orientalischen Käufers gewonnen hat. So stehen denn einem systematischen Bearbeiten dieser hoffnungsreichen Gebiete für die deutsche Optik glänzende Resultate bevor.

Gedanken über den Geldmarkt.

Die rege Nachfrage für täglich kündbares Geld hat sich bis zum Monatsende erhalten und auch der schon kürzlich beleuchtete Gegensatz zu den Raten im Diskontverkehr und dem Satz für langfristige Ausleihungen besteht weiter, da deren Notierungen keineswegs gestiegen sind, sondern eher eine Neigung nach unten aufweisen. So hält sich der Privatdiskont auf zirka 4% und die Rate für Ultimogeld, welche bei Beginn der Regulierung noch etwa 5 $\frac{1}{8}$ % wie in den Monaten vorher war, ist zuletzt sogar auf 4 $\frac{7}{8}$ % gewichen. Der starke Begehrt für tägliches Geld geht nach wie vor von öffentlichen Stellen aus, während der private Bedarf trotz der inzwischen erfolgten Halbjahrs-Couponszahlungen sich kaum bedeutend vermehrt haben dürfte. Aus dem ganz besonders grossen Umfange der Depositen bei der Reichsbank darf man schliessen, dass der Markt recht stark in den Quartalstermin eingetreten ist; es ist daher anzunehmen, dass die Diskontierungen an der Monatswende von privater Seite bei dem Institut nicht allzu bedeutend sein werden.

Erfreulich wäre es, wenn der Semestralausweis einen recht guten Erfolg der jetzt mit grösserer Energie betriebenen Propaganda für den bargeldlosen Zahlungsverkehr erkennen liesse und das Ansteigen des Bedarfs an Umlaufmitteln sich dieses Mal in bescheidenen Grenzen halten würde. Man kann es in hohem Masse begrüessen, dass die Reichsbank nunmehr ihr Gebührensystem im Postscheckverkehr reformiert und ihr gesamtes Kassenwes e

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:

Mittwoch, 5. Juli	G.-V.: Tellus Akt.-Ges. für Bergbau und Hüttenindustrie.
Donnerstag, 6. Juli	Ironage-Bericht. — <i>Bankausweise London, Paris.</i> — G.-V.: Zucker-Raffinerie Genthin, Prein-Gewebe-Akt.-Ges.
Freitag, 7. Juli	G.-V.: Lübecker Privatbank, Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt, Holwaldtswerke Kiel, Ver. Märkische Tüllfabriken.
Sonnabend, 8. Juli	Bankausweis New York. — G.-V.: Zuckerfabrik Froebeln Akt.-Ges., Oscar Schimmel & Co.
Montag, 10. Juli	<i>Reichsbankausweis.</i> — G.-V.: Wilmersdorfer Terrain Rheingau Akt.-Ges. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Rolandlinie Bremen.
Dienstag, 11. Juli	
Mittwoch, 12. Juli	G.-V.: Sächsische Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Norddeutsche Waggonfabrik.
Donnerstag, 13. Juli	Ironage-Bericht. — <i>Bank von England, Bank von Frankreich.</i> — G.-V.: Deutsche Salpeterwerke Fölsch & Martin.
Freitag, 14. Juli	G.-V.: Holzverkohlungsindustrie Konstanz, Schöneberg-Friedenauer Terrain-Ges. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Heinrich Ernemann Akt.-Ges.
Sonnabend, 15. Juli	Bankausweis New York. — G.-V.: Bank für Brauindustrie, Oelfabrik Gross-Gerau. — Schluss des Bezugsrechts Braunkohlen-Abbaugesellschaft Friedensgrube, Einreichungsfrist Hütener Gewerkschaft, Einreichungsfrist Düsseldorf Röhrenindustrie.
Montag, 17. Juli	<i>Reichsbankausweis.</i> — G.-V.: Teiltower Kanaltterrain-Gesellschaft, Zuckerfabrik Neuteich.
Dienstag, 18. Juli	G.-V.: Leipziger Trikotagen-Akt.-Ges., Weissthaler Aktienspinnerei, Tecklenboig Schiffswerft, Lingner-Werke Akt.-Ges.

Ausserdem zu achten auf:
Ausweise deutscher Bergwerke und Hütten.

Verlosungen:

- 5. Juli: Crédit foncier de France 3, 2³/₅, 3 u. 3¹/₂% Pfandbr. (1879, 1885, 1909, 1913), 2¹/₂% Pariser 400 Fr. (1894/96), 3% Pariser 300 Fr. (1912).
- 8. Juli: 2% Brüsseler Maritime 100 Fr. (1897).
- 10. Juli: 2¹/₂% Antwerpener 100 Fr. (1887), 2% Genter 100 Fr. (1896), 3% Pariser 400 Fr. (1871).
- 11. Juli: Crédit foncier de France 3% Pfandbr. (1903).
- 14. Juli: 3% Griechische Nationalbank 400 Fr. (1880), 5% Russische 100 Rubel (1864).
- 15. Juli: 3% Amsterdamer 100 Gld. (1874), 2% Brüsseler 100 Fr. (1905), 3% Crédit foncier Egyptien Obl. (1886, 1903, 1911), 3% Holländ. Comm. 100 Gld. (1871), Holland. 15 Gld. (1904), 2% Lütticher 100 Fr. (1905, 1898), 2% Serbische 100 Fr. (1881).

an diesen Verkehr angeschlossen hat. Als selbstverständlich ist voranzusetzen, dass die Bankwelt dieser grosszügigen Reform beitreten wird; das Opfer, das hier etwa zu bringen ist, kann reichlich aufgewogen werden durch die Vorteile, welche den Banken aus der bevorstehenden Aufhebung des Scheckstempels winken können. Jetzt ist es an der Zeit, die Bemühungen wieder aufzunehmen, welche schon einmal nach Erlass des Scheckgesetzes für die Einführung des Scheckbuchs beim breiten Publikum ins Werk gesetzt wurden, wenn die Bankwelt nach dieser Richtung hin eine energische Werbetätigkeit entfaltet, so kann sie hiermit für die Besserung unserer Zahlungssitten ebenso wie für den eigenen Vorteil recht erspriesslich wirken.

Im Devisenverkehr der letzten zwei Wochen sind wiederum grössere Veränderungen in den Notierungen nicht erfolgt; im allgemeinen war der Bedarf für Zahlung Schweiz etwas lebhafter, ohne dass diese stärkere Nachfrage kursmässig Ausdruck fand, dagegen machte sich der geringere Bedarf für skandinavische Valuten in niedrigeren Notierungen bemerkbar. Holland blieb unverändert, obgleich auch hier ziemlich reger Begehr vorhanden war; der Bedarf in dieser Devisen dürfte in der Folgezeit noch stärker werden, nachdem jetzt die Ausfuhr gewisser Mengen Frühkartoffeln und Gemüse freigegeben worden ist.

Im internationalen Devisenverkehr haben London und Paris in der letzten Zeit verschiedentlich Kursbesserungen erfahren, die teilweise auf Anleiheabschlüsse zurückzuführen sind, teilweise auf Goldabgaben der Bank von England, für die sie allerdings auch beträchtliche Mengen des gelben Metalls wieder aus Paris heranzog. So soll die Bank von Frankreich im Laufe dieses Monats mehr als 270 Millionen Franks nach London verschifft haben, ein Betrag, der nicht überraschen kann, wenn man die bedenklich steigernde Passivität der französischen Handelsbilanz betrachtet. Es scheinen in der Hauptsache Goldsendungen von London aus nach den Vereinigten Staaten, Spanien und Holland dirigiert worden zu sein; dagegen hat die Entente Anleihen in den nordischen Ländern zum Abschluss gebracht, an deren Zustandekommen anscheinend sehr lange gearbeitet worden ist, deren Umfang aber im Verhältnis zu den Verpflichtungen an diese Länder recht gering ausgefallen ist, so wurden in Norwegen von Frankreich 25 Millionen und von England 40 Millionen Kronen mit zweijähriger Laufzeit des Darlehens aufgenommen. Schon vorher hatte der Pariser Crédit Lyonnais in Stockholm ein Darlehen von 40 Millionen Kronen erlangt.

Wie wenig aber diese Summen bedeuten, mag man ersehen, wenn man die kürzlich veröffentlichten französischen Ziffern über den Aussenhandel in den ersten vier Monaten betrachtet; nach diesen betrug, nach dem Friedenspreis berechnet,

die Einfuhr 2831,7 Millionen Franks

die Ausfuhr 1106,9 " " ;

wenn man nun diese Ziffern auf die Basis der jetzigen Preise zu bringen sucht, indem man, einer Schätzung des französischen Finanzministers folgend, die Einfuhrziffern um 75% und die der Ausfuhr um 50% erhöht, so erhält man folgende Summen:

für die Einfuhr 4955,5 Millionen Franks

" " Ausfuhr 1660,3 " " ;

also einen Passivsaldo für 4 Monate von
3295,2 Millionen Francs.
Auf das ganze Jahr gerechnet, würde das
9885,6 Millionen Francs

ausmachen, also einen Einfuhrüberschuss von fast 10 Milliarden Francs. Das ist vielleicht noch knapp gerechnet, da man für den letzten Teil des Jahres durch die überseeischen Getreide- und Baumwollbezüge eher noch grössere Ziffern annehmen muss. Wenn man selbst bedeutende Summen als Erträgnis aus der Realisierung fremder Werte in Rechnung stellt, was bei der schlechten Qualität des französischen ausländischen Effektenbesitzes immerhin gewagt erscheint, so müssen doch noch enorme Beträge von Verpflichtungen ungedeckt bleiben, zumal die hohen Ausgaben für Seefrachten an fremde Reedereien noch zu berücksichtigen sind. Es kommen daher nur Goldrimesen, die englische Hilfe oder eben Anleihen im Auslande in Frage. Wie lange aber die Goldrimesen bei dem riesenhaften französischen Notenumlauf noch fortgesetzt werden können, lässt sich schwer beantworten. Jedenfalls zeigt aber diese kurze Berechnung, eine wie lächerlich geringe Rolle diese soeben erlangten Auslandsanleihen im Verhältnis zu dem Bedarf spielen.

Welche Bedingungen den weniger potenten Mitgliedern der Entente in dem befreundeten Ausland bei der Aufnahme von Anleihen zugemutet werden, ersieht man bei Betrachtung der Vereinbarungen über das hier kürzlich erwähnte Darlehen, welches Russland in Höhe von fünfzig

Millionen Dollar in Amerika empfangen soll. Nach Mitteilungen, welche wir der Vossischen Zeitung entnehmen, beträgt der Zinssatz für den Vorschuss $6\frac{1}{2}\%$, ausserdem aber erhält das Geld gebende Konsortium eine Provision, deren Höhe schamhaft verschwiegen wird, und das Recht, sich durch Uebernahme einer $5\frac{1}{2}\%$ russischen Anleihe zu $94\frac{3}{4}$ innerhalb der nächsten drei Jahre bezahlt zu machen. Bedeutet schon der Anspruch, der hier erworben wird, unter Umständen eine grosse Chance, deren Einräumung die Bedingungen für den Geldempfänger ausserordentlich verschärft, so heisst die weitere Klausel das Aeusserste an Zumutung, die einem Schuldner bei solchen Geschäften wohl je gestellt worden ist und deren Annahme sich wohl nur durch die Notlage des Geldnehmers erklärt. Das amerikanische Syndikat hat das Recht, während 3 Jahre 150 Millionen Rubel zum Kurse von 3 Rubeln für je 1 Dollar zu beziehen, das ist etwa 50% Disagio gegen die Münzparität, so dass ihm also die Möglichkeit gegeben ist, auf Grund dieses Abschlusses bei jeder Besserung der russischen Valuta ohne jedes Risiko Baisse-Operationen in Rubelnoten zu unternehmen, diese bei Verschlechterung des Kurses wieder einzudecken und das Geschäft beliebig so bis zum Ablauf der Option fortzusetzen. Berücksichtigt man, dass Russland für dieses Darlehn auch sonstige wirtschaftliche Konzessionen einräumen musste, so kann man ermessen, in welcher Weise die Notlage der russischen Finanzen von den amerikanischen Entente-Freunden ausgenutzt worden ist.
Justus.

Warenmarktpreise im Juni 1916.

	2.	8.	15.	22.	29.	
Weizen New York (Winter haw Nr. 21)	118	117 $\frac{1}{2}$	115 $\frac{1}{2}$	109 $\frac{3}{4}$	108 $\frac{1}{2}$	cts. per bushel
Mais Chicago	68 $\frac{5}{8}$	72	72 $\frac{1}{4}$	73 $\frac{3}{8}$	75	cts. per bushel
Spelzpreumehl, Berlin	25—34	25—34	25—34	23—30	21—28	M. per dz
Kupfer London	121	123 $\frac{3}{4}$	119 $\frac{1}{2}$	96	103 $\frac{1}{2}$	£ per ton
Zinn London	185 $\frac{3}{4}$	187 $\frac{1}{2}$	181 $\frac{1}{2}$	172 $\frac{1}{4}$	173 $\frac{3}{4}$	£ per ton
Zink London	70	73	68	67	61	£ per ton
Blei London	32	32 $\frac{3}{4}$	31 $\frac{3}{8}$	29 $\frac{3}{4}$	28 $\frac{3}{4}$	£ per ton
Silber London	31	30	30 $\frac{1}{8}$	31	31 $\frac{7}{16}$	d per Unze
Baumwolle New York	12,65	12,85	12,90	13,45	13,15	cts. per Pfd.
Baumwolle Liverpool	8,07	8,08	7,92	7,90	7,94	d per Pfd.
Schmalz Chicago	12,30	12,75	12,75	12,92	13,17 $\frac{1}{2}$	Doll. per 100 Pfd.
Petroleum New York	8,95	8,95	8,95	8,95	8,95	cts. per Gallone
Eier, frische, bessere Sorten, Berlin	13,10	13,10	13,10	13,10	13,10	M. per Schock

Plutus-Archiv.

Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

Die Wirkungen des bayerischen Malzaufschlaggesetzes vom 18. März 1910 auf den öffentlichen Haushalt und die einzelnen Schichten des Wirtschaftslebens. Von Karl A. Lange, Doktor der Staatswirtschaft. Stuttgart und Berlin 1916. I. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger. Preis geh. 8.— M.

Literaturverzeichnis. — Einleitung. — Die wesentlichen Neueinführungen des Malzaufschlages vom 18. März 1910. — Die Mehrbelastung der Biererzeugung durch das Malzaufschlaggesetz vom 18. März 1910. — Die Ueberwälzung der Malzaufschlagserhöhung. — Die Wirkungen des Malzaufschlaggesetzes vom 18. März 1910 auf die

einzelnen Schichten des Wirtschaftslebens. — Die Wirkungen auf die Brauereien. — Die Wirkungen auf die Wirte und Flaschenbierhändler. — Die Wirkungen auf das Brauereipersonal und die Brauereiarbeiter. — Die Wirkungen auf die Landwirtschaft. — Die Wirkungen auf die Konsumenten. — Die Wirkungen des Malzaufschlaggesetzes vom 18. März 1910 auf den Staat. — Die Wirkungen des Malzaufschlaggesetzes auf die Gemeinden. — Zusammenfassung und Schlussbetrachtung. — Anhang: Zur Brausteuerüberwälzung in Deutschland. — Die bayerische Bierbrauerei im Weltkrieg — Tabellen. — Register.

Das Seekriegsrecht in gemeinverständlichen Vorträgen. Von Dr. Reinhard Frank, Professor der Rechte in München. Tübingen 1916. Verlag von I. C. B. Mohr. Preis geh. 1.80 M., geb. 2.60 M.

Das Seekriegsrecht als Teil des Völkerrechts. — Die Seestreitkräfte. — Der Kriegsschauplatz. — Die Kriegsmittel im allgemeinen. — Die militärischen Kriegsmittel. — Die wirtschaftlichen Kriegsmittel. — Das formelle Prisenrecht. — Die Stellung der neutralen Staaten.

Die Welterzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen und die Versorgung Deutschlands in der Vergangenheit und Zukunft. Von Dr. A. Schulte im Hofe. Berlin. Verlag von Ernst Siegfried Mittler & Sohn. Preis 3.50 M.

Einleitung. — Nahrungsmittel und Genussmittel aus dem Pflanzenreich. — Nahrungsmittel aus dem Tierreich. — Deutschlands Einfuhr von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs 1893 und 1913. — Viehfutter: Bestand an Pferden, Maultieren und Eseln. — Die Ernährung des Viehbestandes. — Die für die Viehhaltung in Deutschland benutzte Landfläche. — Kunstdünger. — Rohstoffe für die Industrie. — Gesamtübersicht über die Einfuhr von Vieh, Nahrungs- und Genussmitteln, Futtermitteln und Rohstoffen für die Industrie. — Die Preise der Lebensmittel und Rohstoffe in den Jahren 1881/83 bis 1911/13. — Die zukünftige Gestaltung der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung verschiedener Länder. — Der Einfluss der Kolonien auf die Versorgung des Mutterlandes mit Lebensmitteln und Rohstoffen. — Die zukünftige Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen.

Geld-, Bank- und Börsenwesen. Eine gemeinverständliche Darstellung. Von Dr. Georg Obst, Privatdozent an der Universität Breslau. 8., verbesserte und vermehrte Auflage. Leipzig 1916. Verlag von Carl Ernst Poeschel. Preis 6.— M.

Ursprung und Entwicklung des Geldes. — Funktionen des Geldes. — Das Münzsystem. — Die Währungsfrage. — Geldsurrogate: Wechsel, Anweisung, Bankscheck, Postscheck. — Banken und Bankgeschäfte. — Skizze der geschichtlichen Entwicklung des Bankwesens. — Arten der Banken. — Passivgeschäfte der Banken. — Aktivgeschäfte der Banken. — Die indifferenten Geschäfte der Banken. — Staatsinstitute. — Organisation der grossen ausländischen Notenbanken: Die oesterreichisch-ungarische Bank, Die Bank von England, Die Bank von Frankreich, Die russische Staatsbank, Die italienischen Notenbanken, Die Schweizerische Nationalbank, Das Notenbankwesen in den Vereinigten Staaten von Amerika. — Börse und Börsengeschäfte. — Skizze der geschichtlichen Entwicklung der Börse. — Arten der Börsen. — Organisation der Börse. — Zulassung von Wertpapieren zum Börsenhandel. — Arten der an der Börse gehandelten Papiere. — Der Börsenauftrag. — Die Kurse. — Arten der Börsengeschäfte. — Arbitragen. — Die wichtigsten ausländischen Börsen. — Literaturübersicht.

Ursachen und Ziele des Zusammenschlusses im Gewerbe unter besonderer Berücksichtigung der Kartelle und Trusts. Von Heinrich Mannstaedt, Dr. phil. et rer. pol. Bonn. Jena 1916. Verlag von Gustav Fischer. Preis 4.— M.

Einleitung. — Die Perioden der gewerblichen Freiheit und Bindung. — Die letzten Gründe zur Ausschaltung der freien Konkurrenz: Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Die Aufgaben der freien Konkurrenz. Die Wirkung

der freien Konkurrenz. — Die Mittel zur Milderung der Folgen des Wettkampfes; insbesondere die Kombinationsbestrebungen. — Die Konkurrenzregulierung durch die Kartelle und Trusts: Die Kartelle. Die Trusts. Kartelle und Trust. Die Organisationsbestrebungen in den Vereinigten Staaten, England und Deutschland. Die Beurteilung der Preispolitik. — Die Monopole und der Staat.

Vom Krieg zum Frieden. Die Ueberleitung der Kriegswirtschaft in den Friedenszustand. Erörterungen und Vorschläge der vom Hansa-Bund einberufenen Sachverständigen-Versammlung zu Berlin am 5. und 6. Februar 1916. Schriften des Hansabundes Nr. 199. Berlin 1916. Verlegt beim Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie E. V., unentgeltlich.

Die Weltsprache. Ein Ruf an die Gesamtmenschheit. Dresden und Leipzig 1916. E. Piersons Verlag. Preis 0.80 M.

Die Franzosen wie sie sind. Gegenwart und Zukunft. Von Nostradamus. Freiburg i. Br. 1916. I. Bielefelds Verlag. Preis geh. 3.— M., geb. 4.— M.

Geburt, Jugendpflege, Eheschliessung. — Familie und Vermögen. — Erwerbsleben. — Geldwirtschaft und Grossbanken. — Geldwirtschaft und Industrie. — Verwendung der Ersparnisse. — Staatsfinanzen und Börse. — Die Männer und die Weiber. — Die Frauen. — Staat und Staatsbürger. — Geschichte und Literatur. — Gelehrte und Künstler. — Die Reichen. — Luxuspriesterinnen. — Hygiene und Baupolizei. — Strasse und Häuser. — Städtischer Verkehr. — Beamte. — Die Rede und ihre Wirkung. — Gerichtsreden. — Das geschriebene Wort. — Das Tagesschrifttum. — Politische Beredsamkeit. — Stützen der Regierung. — Werbende Kraft französischen Wesens: Die Sprache. — Werbende Kraft französischen Wesens: Die Frauen. — Wiederbelebung von innen. — Wiederbelebung von aussen. — Nachwort.

Die Masurenschlachten. Von Dr. Kurt Floericke. Stuttgart 1916. Franck'sche Verlagshandlung. Preis 1.— M. Vorwort. — Die Schlacht bei Tannenberg und ihr Vorspiel. — Ospreussens Befreiung. — Russische Greuelthaten in Ostpreussen. — Die Winterschlacht in Masuren.

Jeder Landwirt ein Bienenwirt. Anleitung zu einer volkstümlichen Bienenzucht für landwirtschaftliche Betriebe. Von August Hintz. M.-Gladbach 1916. Volksvereins-Verlag. Preis 0.45 M.

Die Kolonialreiche der Grossmächte. Von Legationsrat Dr. Alfred Zimmermann. Der Kampf um die Kolonien 1871–1916. Sammlung Männer und Völker. Berlin 1916. Verlag von Ullstein & Co. Preis 1.— M.

Das Buch der Liebe. Roman von Marie Eugenie Delle Grazie. Berlin und Wien 1916. Verlag von Ullstein & Co. Preis 3.— M.

Kriegs-Atlas über sämtliche Kriegsschauplätze. Leipzig 1916. Geographischer Verlag G. m. b. H.

Übersichtskarte der europäischen Kriegsschauplätze. — Frankreich. — Spezialkarte der nördlichen Westfront mit Belgien. — Übersichtskarte für die Ereignisse im Kanal und auf den britischen Inseln. — Russland mit Ostsee und Schwarzem Meer. — Spezialkarte der Ostfront. — Italienischer Kriegsschauplatz. — Balkanhalbinsel mit den Dardanellen. — Übersichtskarte zum Orientkrieg. — Übersicht sämtlicher Kriegsschauplätze des Weltkrieges.

Karten von Belgien und dem angrenzenden Nord-Frankreich. Stuttgart 1916. Franck'sche Verlagshandlung. Preis des Blattes 0.50 M.

Blatt 1: Ostende—Ypern. — Blatt 2: Lille—Arras. — Blatt 13: Verdun.

Jockele und die Mädchen. Roman von Max Geissler. Berlin 1916. Verlag von Ullstein & Co. Preis 1.— M.

Die Kapitulationen. Beurteilt nach Völkerrecht und türkischem Staatsrecht. Von Dr. Wilhelm Bein. Sonderabdruck aus den Preussischen Jahrbüchern. Herausgegeben von Hans Delbrück. Band 164 Heft 1.

Berlin 1916. Verlag von Georg Stilke. (Nicht im Handel. Nur in Preussischen Jahrbüchern, d. Heft 250 M., zu beziehen).

Die Krieganleihen Oesterreich-Ungarns. Von Prof. Dr. H. Köppe in Marburg a. d. Lahn. Sonderabdruck aus den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik. Jena 1916. Verlag von Gustav Fischer. (Nicht im Handel).

Die Ukraine und die ukrainische Bewegung. Von Dr. Paul Ostwald. Essen 1916. G. D. Baedeker, Verlagsbuchhandlung. Heft 15 der Kriegshefte aus dem Industriebezirk. Preis 0,80 M.

Einleitung. — Das Gebiet und die Bevölkerung. — Rasse und Sprache. — Die Geschichte des ukrainischen Volkes. — Die Russifizierung der Ukraine. — Die nationale Abwehr und die ukrainischen Parteien. — Wirtschaft und Kultur. — Die Ukrainer in Oesterreich-Ungarn.

Das Schicksal der Seekabel im Kriege und die Leistungen der deutschen Seekabel-Industrie in Vergangenheit und Zukunft. Von G. A. Fritze, Aachen. Essen 1916. G. D. Baedeker, Verlagsbuchhandlung. Heft 16 der Kriegshefte aus dem Industriebezirk. Preis 1 — M.

Die deutsche Seekabelindustrie im Urteile des Auslandes. — Das deutsche Seekabelnetz bei Beginn des Krieges. — Der Einfluss des Krieges auf die Seekabel. — Die deutsche Wissenschaft als Pionier der englischen Seekabelindustrie. — Entstehung und Lage der Norddeutschen Seekabelwerke A. G. — Unterschied zwischen Seekabel und Landkabel. — Schwierigkeiten bei der Fehlerbestimmung von Seekabeln. — Grosse Tragweite eines Fabrikfehlers. — Das Rohmaterial für die Seekabel. — Die Herstellung der Seekabel. — Die Instandsetzung unterbrochener Seekabel. — Die Verletzung von Seekabeln. — Die Zukunft der deutschen Seekabel.

Unsere Wohnungsuntersuchungen in den Jahren 1913 und 1914. Im Auftrage des Vorstandes der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin. Bearbeitet von Albert Kohn. Berlin 1915. Verlag der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin.

Die neue belgische Notenbank. Von Felix Somary-Berlin. Sonderabdruck aus Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche. München und Leipzig 1916. Verlag von Duncker & Humblot. (Nicht im Handel).

Sozialistische Monatshefte. Herausgeber Dr. J. Bloch. Berlin. Verlag der Sozialistischen Monatshefte. Preis für das Einzelheft 0,60 M.

Heft 6. Nationale Politik. Von Wolfgang Heine. — Der englische Frieden. Von Dr. Ludwig Quessel. — Flottenpolitik, Parteien und Regierungen. Von Max Schippel. — Die ausländischen Arbeiter in Deutschland. Von Friedrich Kleis. — Landwirtschaft und Volksernährung. Eine Erwiderung. Von Georg Schmidt.

Heft 8. Handelspolitische Kriegspläne in England. Von Max Schippel. — Die Sozialdemokratie nach dem Krieg. Von Dr. Ludwig Quessel. — Der Parteistreit und die Gewerkschaften. Von Hermann Matutat. — Volksgemeinschaft und Volkswirtschaft. Von Emil Kloth. — Die Schläfer. Von Walt Whitman. Uebertragen von Max Hayek.

Heft 9. Die Reform des Vereinsrechts. Von Dr. Hugo Heinemann. — Russlands Drang zum Meer. Von Hermann Kranold. — Das Ende eines kolonialen Arbeitssystems. Von Max Schippel. — Zum Kapitel der wertlosen Kolonien. Von Dr. Ludwig Quessel. — Die Religion und das Kind. Von Walter Oehme. — Ein Beitrag zur Kritik der Hinterbliebenenversicherung. Von Rudolf Wissel.

Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Begründet von Julius Wolf. Fortgeführt von Dr. Ludwig Pohle, Prof. der Staatswissenschaften an der Universität Frankfurt a. M. Leipzig 1916. A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung Werner Scho'l. Preis 5.— M. vierteljährlich, Einzelheft 2.— M.

Die Bedeutung der neuen Rechtsreformbewegung. I. Von A. Elster. — Der Baumwollbau in Turkestan. II. Von E. Schultze. — Zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeographie Kanadas. Von H. Fehlinger. — Ein neues Industriegebiet am Niederrhein. Von G. Kreuzkam. — Ein Beitrag zur Bevölkerungspolitik. Von Dr. Keller. — Die Kohle in Russland. Von E. Schultze. — Preussisches Staatsschuldbuch. Von P. Martell.

Zeitschrift für Versicherungswissenschaft. Herausgegeben vom Deutschen Verein für Versicherungswissenschaft. Schriftleitung Prof. Dr. phil. et jur. Alfred Manes. Berlin 1916. Verlag von Ernst Siegfried Mittler & Sohn.

Prof. Dr. A. Emminghaus. Von Geheim. Regierungsrat Dr. jur. Samwer, Gotha. — Die Reinigung der Versicherungssprache. Von Präsident Dr. jur. v. Englert, München. — Die Bedeutung des Krieges und der deutschen Kriegsnotgesetze für die Privatversicherung. Von Rechtsanwalt Dr. jur. Bendix, Berlin. — Die Ausländer in der Sozialversicherung mit besonderer Berücksichtigung der Kriegszeit. Von Prof. Dr. jur. Stier-Somlo, Köln. — Die deutsche Fürsorge für Kriegsbeschädigte. Von Dr. jur. Elster, Berlin. — Rechtsstellung des Versicherers bei hypothekarischer Belastung und Gefahrtragung bei Veräusserung der versicherten Sache. Von Rechtsanwalt Dr. jur. Josef Freiburg. — Zum Eintritt des Versicherers in den Entschädigungsanspruch des Versicherten. Von Prof. Dr. jur. Kisch, Strassburg. — Entgegnung. Von Geh. Justizrat Schneider, Stettin. — Fortbestand infolge unterlieber Prämienzahlung verfallener Versicherungsverträge auf Grund der Kriegsverordnung. Von Landrichter May, Hamburg.

Von der Marneschlacht bis zum Fall Antwerpens. Von Anton Fendrich. Stuttgart 1916. Franck'sche Verlagshandlung. Preis 1.— M.

Bis vor Paris. — Von der Marneschlacht bis zum Fall von Antwerpen. — Der Stellungskrieg bis zur Frühlingschlacht 1915 in Flandern. — Die Durchbruchsschlachten (die Kämpfe im Artois und in Französisch-Flandern). — Verdun.

Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Begründet von Bruno Hildebrandt. Fortgesetzt von Johannes Conrad. Herausgegeben von Dr. Ludwig Elster, Winkl. Geh. Ober-Regierungsrat in Berlin. In Verbindung mit Dr. Edgar Loening, Prof. in Halle, Dr. H. Waentig, Prof. in Halle. Jena 1916. Verlag von Gustav Fischer. Preis des Bandes (6 Hefte) 24.— M., Einzelheft 5.— M.

106. Band. III. Folge. 51. Band. Viertes Heft. April 1916. Nebst volkswirtschaftlicher Chronik Februar 1916. Die Krieganleihen Oesterreich-Ungarns. Von H. Köppe. — Das Problem der allgemeinen Grundrente bei Ricardo, Rodbertus und Marx. Von Philipp Spitz. — Die Ansiedlung der Kriegsinvaliden in Stadt und Land. Von Strehlow. — Die Jahresberichte der genossenschaftlichen Zentralverbände. Von Willy Krebs. — Soziale Klassenbildung in der Bevölkerungsstatistik. Von Wilhelm Feld.

Fünftes Heft Mai 1916. Das Problem der allgemeinen Grundrente bei Ricardo, Rodbertus und Marx (Schluss). Von Philipp Spitz. — Der Ersatz des Handels durch gemeinwirtschaftliche Organisationen des Krieges. Von Hermann Deite. — Deutschland und der Balkanmarkt. Von Arthur Dix. — Rumäniens Mühlenindustrie und Mehlhandel. Von Emil Taubes.

Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1915. Erstattet zu Händen des dreizehnten ordentlichen Genossenschaftstages des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 19. und 20. Juni 1916 in Hannover von dem geschäftsführenden Vorstände Heinrich Kaufmann, Dr. Aug. Müller, Hugo Bästlein. Hamburg 1916. Druck und Verlag der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. Preis 5.— M.

Vorläufige Tagesordnung für den 13. ordentlichen Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 19. und 20. Juni 1916 in Hannover. — Tages-

ordnung für die 4. Generalversammlung der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. am 21. Juni 1916, nachmittags 3 Uhr, in Hannover. — Die Massnahmen zur Sicherung der deutschen Volksernährung im Kriege. — Wirtschaftliche Kämpfe der Genossenschaften. — Die deutschen genossenschaftlichen Zentralverbände 1900—1913 bzw. 1914. — Der Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung am 1. Januar 1916. — Der Zentralverband deutscher Konsumvereine. — Tabellenwerk III. Die deutschen genossenschaftlichen Zentralverbände. — Tabellenwerk IV. Der Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung. — Tabellenwerk V. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine. — Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit beschränkter Haftung. — Bericht der Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für das Rechnungsjahr 1915. — Bericht über die Tätigkeit des Tarifamtes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1915. — Bericht der Fortbildungskommission des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine über ihre Tätigkeit im Jahre 1915. — Abrechnung und Vorschläge des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

Die Produktionsfaktoren. Natur, Arbeit und Kapital. Von Prof. Dr. Franz Mammen, Dresden und Leipzig 1916. „Globus“ Wissenschaftl. Verlagsanstalt. Preis 2,— *M.*

Vorwort. — Einleitung. — Die Natur. — Die Arbeit. — Die Arbeitsteilung. — Das Kapital. — Der Betrieb. — Die Verteilung des Einkommens. — Schluß.

Die Kriegsbeschlagnahme als Mittel der Organisation der Rohstoff- und Lebensmittelversorgung. Von Dr. Heinrich Lehmann, o. ö. Professor der Rechte an der Universität Jena und akademischer Rat am Gemeinschaftlichen Thüringischen Oberlandesgericht. Jena 1916. Verlag von Gustav Fischer. — Preis 2,40 *M.* geb.

Einleitung. — Die Beschlagnahme im Inland: Der Begriff der Kriegsbeschlagnahme. — Die Fälle der Kriegsbeschlagnahme. — Die Rechtsgültigkeit der Beschlagnahmeanordnungen. — Der Beginn der Verstrickung. — Die Wirkungen der Kriegsbeschlagnahme. — Das Ende der Verstrickung. — Die nähere Ausgestaltung der Kriegsbeschlagnahme. — Wirtschafts- und rechtspolitische Würdigung. — Die Beschlagnahme im besetzten Feindesland: Wirtschaftliche und rechtliche Bedeutung. — Die Rechtmäßigkeit der Beschlagnahmen. — Die Ersatzansprüche der von der Beschlagnahme betroffenen Privatpersonen. — Anmerkungen.

Die Wirkungen des Krieges auf den überseeischen Handel Englands. Vorlesungen gehalten von J. Rosenbaum M. Sc. in der Royal Statistica. Society zu London am 18. Mai 1915 nebst Diskussion Uebersetzt, bearbeitet und fortgeführt im Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel. Jena 1916. Verlag von Gustav Fischer. Preis 1,80 *M.*

Vorbemerkungen des Herausgebers. — Einführung. — Export. — Berichtigung mit Rücksicht auf Exportpreisveränderungen. — Der Import. — Berichtigung mit Rücksicht auf Importpreisveränderungen. — Die Entwicklung des Ueberseehandels im Jahre 1915. — Kaufkraft des Exports. — Die Art der Verteilung des Ueberseehandels. — Zusammenfassung. — Schlußbemerkungen. — Diskussion über den Vortrag. — Ueberblick über den englischen auswärtigen Handel bis Ende Oktober 1915. Von Dr. Th. Plaut. — Der Verlauf des Ueberseehandels in den ersten 10 Monaten des Jahres 1915. — Berichtigung mit Rücksicht auf Preisveränderungen während der ersten 10 Monate des Jahres 1915. — Besondere Veränderungen in der Ein- und Ausfuhr einzelner Warengattungen. — Besondere Fragen. — Die Handelsbilanz. Von Sir George Paish.

Irland und seine Bedeutung für Europa. Von Dr. G. Chatterton-Hill. Mit einem Geleitwort von Dr. Eduard Meyer Geh. Regierungsrat und ordentlich. Professor an der Universität Berlin. — Berlin 1916. Verlag Karl Curtius. — Preis 5,—

Widmung. — Geleitwort von Dr. Eduard Meyer. — Die irische Kultur. — Der Aufbau der englischen Herrschaft. — Unter der Knute. — Das XIX. und XX. Jahrhundert. — Irland in der Gegenwart. — Irland und der Weltkrieg. — Die Stimme Irlands. — Irland und die Wehrpflicht. — Irische Freiheitsbestrebungen. — Die Rekrutierung in Irland während des Weltkrieges.

Die Sozialdemokratie, ihr Ende und ihr Glück. Von Paul Lensch. M. d. R. Leipzig 1916. Verlag von S. Hirzel. Preis geh. 2,50 *M.*, geb. 3,50 *M.*

Vorwort. — Der Entwicklungsgang der deutschen Sozialdemokratie. — Das Janusgesicht des vierten August. — Der Zusammenbruch der Internationalen. — Neue Erkenntnis. — Geschichtliche Neuorientierung: Deutschland—England. — Die werdende Welt.

Die Haftung der Emissionshäuser für die Emission von Aktien. Von Dr. jur. Fritz Bänder. Berlin 1916.

Verlag für Börsen- und Finanzliteratur A.-G. Preis 5,— *M.*
Begriff und Bedeutung des Wortes Emission. — Entstehung des Emissionsgeschäftes. — Arten der Begebung. — Begebung von Aktien. — Die Haftung gegenüber der Aktiengesellschaft oder den Gründern. — Die Haftung dem kaufenden Publikum gegenüber. — Haftung aus unerlaubten Handlungen. — Haftung nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches. — Haftung nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches. — Haftung aus dem Börsengesetz. — Literatur.

Das Wirtschaftsjahr 1912. Jahresberichte über den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. Für Volkswirte und Geschäftsmänner. Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen. Von Richard Calwer. Zweiter Teil: Jahrbuch der Weltwirtschaft 1912. Jena 1916. Verlag von Gustav Fischer. Preis geh. 27,— *M.*, geb. 28,20 *M.*

Die Weltmarktkonjunktur im Jahre 1912. — Internationaler Geldmarkt. — Der Welthandel. — Der Warenmarkt. — Westeuropäisches Wirtschaftsgebiet. — Britisches Wirtschaftsgebiet. — Amerikanisches Wirtschaftsgebiet. — Russisches Wirtschaftsgebiet. — Ostasiatisches Wirtschaftsgebiet. Anlagen: Zentralnotenbanken und Diskontsätze im Jahre 1912. — Internationale Emissionsstatistik für das Jahr 1912. — Internationaler Handel mit Weizen, Weizenmehl, Mais und Maismehl, Reis, Hopfen, Zucker, Kaffee, Tee, Häuten und Fellen, Wolle, Butter, Käse, Baumwolle, Baumwollsaamenöl, Rohtabak, Oelkuchen, Oelkuchennmehl, Gummi, Terpentin, Holzmasse. — Register.

Handelspolitik und Krieg. Gespräche in Deutschland und Oesterreich. Von Arthur Feiler. Redakteur der Frankfurter Zeitung. Leipzig 1916. Verlag von Veit & Co. Preis 1,20 *M.*

Kometenjahr. — Das Weltreich der deutschen Arbeit. — Wirtschaftskrieg nach dem Kriege? — Oesterreich-Ungarn und Deutschland. — Deutschland und Oesterreich-Ungarn. — Schlussbemerkung.

Die sittliche Berechtigung der Verletzung der belgischen Neutralität. Von Dr. jur. et. rer. pol. L. H. Labberton. Autorisierte Uebersetzung aus dem Niederländischen von Dr. phil. Johanna Rüggeberg. Berlin 1916. Verlag von Karl Curtius. Preis 2,— *M.*

Finanz- und wirtschaftliche Kriegsgesetze 1914/16. Zweite Auflage. Textausgabe mit einer Einführung, Anmerkungen und Sachregister. Von Dr. Gustav Sintenis, Syndikus der Berliner Handelsgesellschaft. Mannheim, Berlin und Leipzig 1916. Verlag von J. Bensheimer. Preis 7,50 *M.*

Vorwort. — Einführung. — Finanzielle Massnahmen. — Bürgerliches Recht. — Handels- und Wechselrecht. — Prozess- und Konkursrecht. — Zahlungsverbote. — Ueberwachung und Zwangsverwaltung. — Gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger. — Anmeldung feindlichen Vermögens. — Allgemeine Massnahmen für Volksversorgung und Preisregelung. — Die einzelnen Wirtschaftsgebiete. Besondere Massnahmen für Heeresversorgung. — Soziale Gesetzgebung: Im allgemeinen. — Schutz der Kriegsteilnehmer. — Anhang. — Nachtrag: Rechtshilfe im Felde. — Sachregister.

Kriegstaschenbuch. Ein Handlexikon für den Weltkrieg. Herausgegeben von Ulrich Steindorff. Mit 5 Karten. Berlin 1916. Verlag von B. G. Teubner. Preis geb. 3,— *M.*, geb. 3,50 *M.*

Salings Börsen-Papiere. Zweiter (finanzieller) Teil. 40. Auflage. 2. Teil von Salings Börsen-Jahrbuch für 1916/1917. Ein Handbuch für Bankiers und Kapitalisten. Bearbeitet von Ernst Heinemann, Dr. Georg Tischert, John Weber, sämtlich in Berlin. Berlin und Leipzig 1916. Verlag für Börsen- und Finanzliteratur. Preis 27,— *M.*

Vorwort. — Einige Vorbemerkungen. — Abkürzungen. — Register der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder. — Veränderungen während des Druckes. — Münzen, Papiergeld und Wechsel. — Mündelsichere Papiere. — Staatspapiere. — Pfandbriefe. — Prämien-Anleihen. — Banken inkl. Hypothekenbriefe der Hypothekenbanken. — Industriepapiere. — Versicherungsgesellschaften. — Deutsche Eisenbahnen. — Fremde Eisenbahnen: Oesterreichisch-Ungarische, Afrikanische, Amerikanische, Chinesische, Holländische, Italienische, Luxemburgische, Mexikanische, Russische, Portugiesische, Schweizerische, Türkische.

Grundriss der politischen Oekonomie. Von Dr. Eugen von Philippovich, Professor an der Universität Wien. Erster Band. Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Elfte, neu bearbeitete Auflage. Aus Handbuch des Oeffentlichen Rechts; Einleitungsband. Tübingen 1916. Verlag von I. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Preis geb. 12,— *M.*, geb. 13,— *M.*

Vorworte. — Das Wesen der Volkswirtschaft. — Wirtschaft und Volkswirtschaft. — Die Volkswirtschaft als Produkt geschichtlicher Entwicklung. — Die Periode der geschlossenen Hauswirtschaft. — Die Verkehrswirtschaft. — Die Weltwirtschaft. — Organisation der Volkswirtschaft. — Die elementaren Tatsachen der Wirtschaft und der Volkswirtschaft. — Die Volkswirtschaft als Gegenstand der Wissenschaft. — Die Geschichte der Volkswirtschaftslehre. — Die Entwicklungsbedingungen der Volkswirtschaft. — Die Naturbedingungen. — Staat und Gesellschaft. — Die persönlichen Bedingungen. — Produktion und Erwerb. — Das Wesen der Produktion. — Die Arbeit. — Die sachlichen Produktionsfaktoren: Das Land, Das Kapital. — Die Organisation der Produktion und des Erwerbes: Die Unternehmungsformen nach der Verschiedenheit der Wirtschaftssubjekte. — Grosse und kleine Unternehmungen. — Das regelnde Prinzip der Produktion und des Erwerbes. — Wert, Preis, Geld und Kredit: Der Wert, Der Preis, Das Geld, Der Kredit. — Einkommen und Güterverbrauch. — Das Einkommen und die Einkommensbildung. — Das Einkommen. — Das Unternehmer-einkommen. — Das Kapitaleinkommen: Der Zins. — Die Grundrente. — Das Arbeitseinkommen. — Das Verhältnis der Einkommenszweige untereinander. — Güterverbrauch und Versicherung. — Normaler Güterverbrauch. — Das unausgeglichene Verhältnis von Produktion und Konsumtion. — Schutzorganisationen für wirtschaftliche Verluste: Versicherung. — Die wirtschaftspolitischen Ideenrichtungen: Der Individualismus. — Der Sozialismus. — Die Sozialreform. — Register.

Die Englandpolitik Friedrich Wilhelms IV. Von Curt Fritzsche, Generalsekretär. Dresden und Leipzig 1916. Globus, Wissenschaftliche Verlagsanstalt. Preis 2,50 *M.*

Die Person des Königs und seine Umgebung. — Warnende Zeichen. — Bistum Jerusalem. — Taufe des Prinzen von Wales. — Schleswig-Holstein. — Die spanischen Heiraten. — Deutsche Kämpfe von 1848. — Hessischer Konflikt. — Olmütz. — Napoleon III. — Der Krimkrieg. — Nauenburg. — Nachwort.

Japans Weltpolitik um den Stillen Ozean. Von Emil Engelhardt. Dresden und Leipzig 1916. Globus, Wissenschaftliche Verlagsanstalt. Preis 1 *M.*

Weltpolitik und Finanzpolitik. Ein Beitrag zur deutschen Finanzpolitik nach dem Kriege. Von Dr. Adolf Grabowsky. Berlin 1916. Politik, Verlagsanstalt und Buchdruckerei G. m. b. H. Preis 0,50 *M.*

Kriegsziele und Friedensziele. Von H. Frobenius, Oberstleutnant a. D. Verfasser von „Des Deutschen Reiches Schicksalsstunde“. Berlin 1916. Verlag von Karl Curtius. Preis 1,— *M.*

Vorwort. — Kriegsziele und Friedensziele. — England und Belgien. — Das französische „Endziel“. — Ausgeträumte Russenträume. — Drei Wege nach Byzanz. — Der Treubruch Italiens. — Experimente. — Der Hungerkrieg. — Aussichten unserer Gegner. — Die Aussichten Frankreichs. — Die Aussichten Russlands. — Die Aussichten Grossbritanniens im Land- und Seekrieg. — Die Aussichten Grossbritanniens im Wirtschaftskrieg. — Belgischer Grössenwahn. — Deutschlands Kriegs- und Friedensziel.

Erneuerungs-, Ersatz-, Reserve-, Tilgungs- und Heimfallfonds, ihre grundsätzlichen Unterschiede und ihre bilanzmäßige Behandlung. Berlin, 1916. Verlag von Julius Springer. Preis 3,60 *M.*

Einleitung. — Allgemeine Grundlagen. — Der Erneuerungsfonds. — Der echte Ersatzfonds. — Der Ersatzfonds unter Berücksichtigung von Zinsen. — Abschreibung nach dem Buchwert. — Erneuerungsfonds identisch mit Ersatzfonds. — Bemessung des Ersatzfonds im allgemeinen. — Reservefonds und Steuerpflicht. — Der Tilgungsfonds. — Der Heimfallfonds. — Amortisation des eigenen Kapitals. — Wirtschaftliche Schlußbetrachtung.

Kriegssteuergesetz nebst Besitzsteuergesetz. Von Dr. jur. Koppe und Dr. rer. rol. Varnhagen. Berlin 1916. Industrieverlag Späth & Linde. Preis 4.— *M.*

Paragrafenverzeichnis. — Abkürzungen. — Einführung zum Kriegssteuergesetz. — Erläuterungen zum Kriegssteuergesetz und zum Besitzsteuergesetz. — Steuerpflicht der physischen Personen. — Steuerpflicht der Gesellschaften. — Gemeinsame Vorschriften. — Generalbeispiele.

Friedrich List. Deutschlands grösster Volkswirt in seinem Wirken und seiner Bedeutung für die Gegenwart. Geschildert von Prof. Dr. Franz Mammen. Dresden und Leipzig 1916. Globus, Wissenschaftliche Verlagsanstalt. Preis 1,50 *M.*

Vorbemerkung. — Einleitung: Wichtigkeit der Volkswirtschaftslehre. — Friedrich List. — Die wissenschaftliche Bedeutung. — Die praktische Bedeutung. — Lists hervorragendste Züge. — Schluss. — Literaturnachweis.

Die Praxis der Monroedoktrin. Politische und wirtschaftliche Streiflichter. Von Emil Engelhardt. Dresden und Leipzig 1916. Globus, Wissenschaftliche Verlagsanstalt. Preis 1,50 *M.*

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schluss-termin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)

Aachener A.-G. zur Unterstützung hilfsbedürftiger Personen männlichen Geschlechts in Aachen, Aachen, 10. 7., —, 23. 6. • A.-G. Arminenhaus, Bonn, 18. 7., —, 5. 6. • A.-G. Berliner Luxuspapier-

fabrik vorm. Hohenstein & Lange i. L., Berlin, 12. 7., 8. 7., 21. 6. • A.-G. für Wagenbau vorm. Jos. Neuss i. L., Berlin, 17. 7., 13. 7., 21. 6. • A.-G. Gaswerk Tegel i. L., Berlin, 14. 7., —, 21. 6. • A.-G. „Nep-

tun", Schiffswerft und Maschinenfabrik zu Rostock, Rostock, 22. 7., 19. 7., 27. 6. • Aktien-Zuckerfabrik Bockenem, Bockenem, 15. 7., —, 28. 6. • Aktien-Zuckerfabrik Broistedt, Broistedt, 8. 7., —, 21. 6. • Aktien-Zuckerfabrik Jerxheim, Jerxheim, 13. 7., —, 28. 6. • Aktien-Zucker-Fabrik Munzel-Holtensen, Grossmunzel, 15. 7., —, 26. 6. • Aktien-Zuckerfabrik Twülpstedt, Gr.-Twülpstedt, 11. 7., —, 17. 6. • Aktien-Zuckerfabrik Wabern, Wabern, 15. 7., —, 19. 6. „Anneliese“ Portlandcement- und Wasserkalkwerke A.-G. Ennigerloh, Ennigerloh, 15. 7., 11. 7., 21. 6. • Andiwerke A.-G., Zwickau Sa., 22. 7., —, 28. 6.

Bank für Brauindustrie, Berlin, 15. 7., 11. 7., 17. 6. • Bazar Poznanski A.-G. zu Posen, Posen, 10. 7., —, 21. 6. • Billwärder Industriebahn A.-G., Hamburg, 10. 7., 6. 7., 22. 6. • Birresborner Mineralbrunnen A.-G. in Düsseldorf, Düsseldorf, 22. 7., 19. 7., 27. 6. • Brand- und Einbruchschadenkasse „Deutscher Postverband“ V. V. a. G. in Berlin, Berlin, 12. 9., —, 9. 6. • Bremer Holzindustrie A.-G., Bremen, 15. 7., 12. 7., 26. 6. • Brohlthal-Eisenbahn-Gesellschaft, Cöln, Cöln, 22. 7., —, 27. 6.

Casseler Dampfziegelei u. Verblendsteinfabrik A.-G., Cassel, 15. 7., 12. 7., 20. 6. • Chemische Fabrik zu Schöningen, Braunschweig, 11. 7., 7. 7., 23. 6. • Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, Nürnberg, Nürnberg, 20. 7., 14. 7., 26. 6.

Deutsche Photogravur A.-G., Siegburg, Bonn, 15. 7., 11. 7., 22. 6. • Deutsche Verlags-A.-G. i. L., Leipzig, 22. 7., 19. 7., 29. 6. • Deutsches Elektro-Stahlwerk A.-G. zu Berlin, Berlin, 22. 7., —, 29. 6. • Dieselmotoren-Verkaufsgesellschaft i. L., Breslau, 10. 7., 5. 7., 19. 6. • Dortmunder Mühlenwerke A.-G., Frankfurt a. M., 10. 7., —, 23. 6. • Dresdner Kunstdruckerei A.-G. i. L., Dresden, 20. 7., 15. 7., 22. 6.

Fabrik netloser Gitterträger A.-G., Düsseldorf, Düsseldorf, 19. 7., 15. 7., 21. 6. • Film-Verleih „Deutschland“ e. G. m. b. H. zu Berlin, Berlin, 8. 7., —, 29. 6. • Freiburger gemeinnützige Baugesellschaft A.-G., Freiburg i. B., 14. 7., —, 22. 6.

Gas- und Elektrizitäts-Werke Senftenberg A.-G., Bremen, Bremen, 8. 7., 5. 7., 19. 6. • Gaswerk Lauffen a. N. A.-G., Lauffen a. N., 15. 7., 12. 7., 19. 6. • Gaswerk Murrhardt A.-G., Murrhardt, 14. 7., 11. 7., 19. 6. • Gaswerk Schmaleldener A.-G., Bremen, 12. 7., 8. 7., 22. 6. • Gaswerk Schwabmünchen A.-G., Schwabmünchen, 17. 7., 13. 7., 19. 6. • Gesellschaft zur Förderung deutscher Pflanzenzucht, Berlin, 8. 7., —, 20. 6. • Gewerkschaft „Nanny“ zu Gotha, 15. 7., —, 23. 6.

Harbker Kohlenwerke, Harbke, 21. 7., 18. 7., 28. 6. • Max Hering A.-G., Ronneburg, 22. 7., —, 29. 6. • Hessler & Herrmann, Chemische Fabrik A.-G., Raguhn/Anhalt, Dessau, 17. 7., 14. 7., 26. 6. • Hildener Aktien-Bau-Gesellschaft, Hilden, 20. 7., —, 28. 6. • Holzverkohlungs-Industrie A.-G., Konstanz, München, 14. 7., 10. 7., 22. 6.

Israelitische Religionsgesellschaft, Karlsruhe, 11. 7., —, 20. 6.

Katholische Töcherschule in Stuttgart A.-G., Stuttgart, 6. 7., —, 19. 6. • Kath. Vereinshaus Trevis-Trier, Trier, 11. 7., —, 23. 6. • Kleinbahn-A.-G. Kohlfurt-Rothwasser, Rothwasser O.-L., 20. 7., 18. 7., 28. 6. • König-Friedrich-August-Hütte, Dresden, 6. 7., —, 21. 6. • Kreis Altenaer Schmal-

spur-Eisenbahn A.-G., Lüdenscheid, 21. 7., 17. 7., 26. 6. • Kunstdruck- und Verlagsanstalt Wezel & Naumann A.-G., Leipzig, 13. 7., 10. 7., 23. 6.

Lafferder Aktien-Zuckerfabrik, Lafferde, 7. 7., —, 21. 6. • Landshuter Bisquit- u. Keksfabrik H. L. Klein A.-G., Landshut i. Bayern, München, 19. 7., 15. 7., 20. 6. • Leipziger Baufabrik vorm. W. F. Wenck A.-G., Leipzig, Leipzig, 19. 7., —, 19. 6. • Leipziger Trikotagenfabrik A.-G., Leipzig-Lindenau, Leipzig, 18. 7., 15. 7., 22. 6. • Leisniger Mühlen-A.-G., Leisnig, 17. 7., 13. 7., 27. 6. • Lübecker Privatbank, Lübeck, 7. 7., 6. 7., 20. 6. • Lübeck-Segeberger Eisenbahn-A.-G., Lübeck, 7. 7., 3. 7., 21. 6.

Maschinenbau-A.-G. vorm. Beck & Hentzel, Cassel, 12. 7., 5. 7., 17. 6. • H. A. Meyer & Riemann, Chemische Werke A.-G., Hannover-Linden, Hannover, 12. 7., 8. 7., 22. 6. • Moselbahn-A.-G., Cöln, 22. 7., 14. 7., 21. 6.

Naundorf & Poser A.-G. für Teppichfabrikation Münchenbernsdorf i. Thür., Gera-Reuss, 13. 7., 10. 7., 21. 6.

Oelfabrik Gross-Gerau-Bremen, Bremen, 15. 7., 12. 7., 21. 6. • Oja A.-G., Berlin, Berlin, 12. 7., 7. 7., 17. 6.

Pensionskasse D. F. V., Halle, 12. 7., —, 20. 6. • Porzellanfabrik Tettau A.-G., Tettau (Oberfranken), Saalfeld, 22. 7., 18. 7., 23. 6.

Reinstedter Zuckerfabrik, Reinstedt, 11. 7., —, 20. 6. • Rodi & Wienberger, A.-G. für Bijouterie u. Kettenfabrikation, Pforzheim, Pforzheim, 12. 7., 8. 7., 28. 6.

Sächsische Maschinenfabrik vorm. Rich. Hartmann A.-G., Chemnitz, 12. 7., 9. 7., 21. 6. • J. Smolibowski A.-G., Posen, 14. 7., —, 26. 6. • Spielwarenfabrik Carl Beck A.-G., Ohrdruf i. Thür., Ohrdruf i. Thür., 20. 7., 18. 7., 21. 6.

Schlesisches Pfandbrief-Institut für städtische Hausgrundstücke zu Breslau, Breslau, 15. 7., —, 7. 6. • Schutzmanns-Erholungsheim e. V., Berlin, 7. 7., —, 17. 6.

Joh. C. Tecklenborg A.-G., Schiffswerft und Maschinenfabrik, Bremerhaven, Bremen, 18. 7., 16. 7., 23. 6. • Teltower Kanalterrain-A.-G., Berlin, 17. 7., 12. 7., 13. 6. • Terrain-A.-G. Bavaria, München, München, 19. 7., 15. 7., 26. 6. • Terrain-Gesellschaft Ahrensburg e. G. m. b. H. Sitz Altona, Altona, 14. 7., —, 27. 6.

Verein Deutscher Vollblutzüchter und Rennstallbesitzer E.-V., Berlin, 23. 7., —, 28. 6. • Vereinigte Farbwerke A.-G., Cassel, Cassel, 14. 7., 10. 7., 19. 6. • Vereinigte Westdeutsche Kleinbahnen A.-G. zu Köln a. Rhein, Cöln, 22. 7., —, 27. 6. • Versicherungs-Gesellschaft Hamburg, Hamburg, 20. 7., 18. 7., 27. 6. • Villengelände Zehndorf-Süd A.-G., Berlin, 11. 7., 7. 7., 23. 6.

Weissthaler Aktien-Spinnerei, Mittweida, 18. 7., 14. 7., 28. 6. • Westdeutsche Eisenbahn-Gesellschaft, Cöln, Cöln, 22. 7., 15. 7., 27. 6. • Westliche Bodenk. A.-G. i. L., Berlin, 24. 7., 19. 7., 29. 6. • Witwenkasse D. F. V., Halle, 12. 7., —, 20. 6. • Wurzenener Kunstmühlenwerke u. Biscuitfabriken vorm. F. Krietzsch, Leipzig, 12. 7., —, 20. 6.

Zuckerfabrik Doebeln, Döbeln, 17. 7., —, 29. 6. • Zuckerfabrik Münsterberg A.-G., Münsterberg i. Schl., 10. 7., 7. 7., 17. 6. • Zuckerfabrik Neuteich, Neuteich, 17. 7., 13. 7., 20. 6. • Zuckerfabrik Strassburg N.-M., Strassburg, 15. 7., —, 29. 6.

Den dieser Nummer beiliegenden Prospekt der Firma **Ferdinand Enke** in Stuttgart, betr. „Deutschlands Volksvermögen im Krieg“, empfehlen wir dem besonderen Interesse unserer Leser.

Anzeigen des Plutus.

Deutsch-Südamerikanische Telegraphengesellschaft, A.-G., Cöln. Jahresabschluss auf den 31. Dezember 1915.

Vermögen.		M.	Pf.	M.	Pf.
Kabel				30 991 359	89
Kabelvorrat		132 531	75		
Abschreib. 2 1/2% v. M.	151 921.82	3 795	55	128 736	20
Grundstücke				184 621	07
Gebäude		970 082	88		
Abschreib. 2 1/2% v. M.	1 036 073.32	25 901	83	944 181	05
Maschinen		43 164	26		
Abschreib. 10% v. M.	99 319.22	9 931	92	33 232	34
Werkzeuge und Geräte				1	—
Einrichtungen				1	—
Apparate und drahtlose Station		197 940	16		
Abschreibung		39 266	95	158 673	21
Fernsprechanlage Monrovia				1	—
Schuldner				1 178 595	97
Guthaben bei Banken				1 242 224	81
Kassenbestand				13 701	63
Wertpapiere				5 072 184	16
Beteilig. an der Compañía Telegráfico-Telefónica del Plata, Buenos-Aires				2 112 049	25
				42 059 562	58
Schulden.		M.	Pf.	M.	Pf.
Aktienkapital				12 500 000	—
4 1/2% Teilschuldverschreibungen					
Ausgabe 1909		7 402 000	—		
" 1910a		4 561 000	—		
" 1910b		4 951 000	—		
" 1912		3 777 000	—	20 691 000	—
Gesetzliche Rücklage				247 800	—
Rücklage für Erneuerung der Kabel Bestand am 1. Januar 1915		1 315 337	50		
Zinsen auf den Bestand nebst Zuweisung v. 2 1/2% d. Aktienkapitals		364 475	—		
		1 679 812	50		
ab: Kursrückg. auf Anlagepapiere		37 625	—	1 642 187	50
Rücklage für Instandhaltung der Kabel Bestand am 1. Januar 1915		2 287 104	47		
Zinsen a. d. Bestand n. Rückl. f. 1915		720 942	75		
		3 008 047	22		
ab: Kursrückg. auf Anlagepapiere		29 695	—	2 978 352	22
Gläubiger				535 067	36
Tilgung des Kabelnetzes				1 046 000	—
Zinsen der Teilschuldverschreibungen				465 547	50
Nicht eingelöste Zinsscheine				3 735	—
Nicht eingelöste Dividendenscheine				10 865	—
Ausgel. a. n. eingel. Teilschuldverschr.				20 000	—
Verfügungsbestand				400 000	—
Rücklage f. d. Beteil. a. d. Compañía Telegráfico-Telefónica del Plata				300 000	—
Rücklage für Beamtenversorgung				250 000	—
Steuerrücklage für Zins- und Dividendenscheinbogen				130 000	—
Gewinn- und Verlust-Rechnung:					
a) Vortrag aus 1914		135 858	10		
b) Reingewinn		703 149	90	839 008	—
				42 059 562	58

Gewinn- und Verlust-Rechnung auf den 31. Dezember 1915.

Soll.		M.	Pf.	M.	Pf.
Unkosten				765 865	14
Rücklage für Erneuerung der Kabel				312 500	—
Rücklage für Instandhaltung der Kabel				630 459	42
Kabelinstandsetzungen				8 585	58
Abschreibungen auf:					
Kabelvorrat		3 795	55		
Gebäude		25 901	83		
Maschinen		9 931	92		
Apparate einschl. drahtlose Station		39 266	95	78 896	25
Tilgung des Kabelnetzes				237 000	—
Verzinsung der Teilschuldverschreib.				931 095	—
Kursverlust auf Anlagepapiere				5 112	50
Reingewinn				839 008	—
				3 808 521	89

Haben.		M.	Pf.
Vortrag aus 1914		135 858	10
Einnahmen		3 555 372	59
Zinsen		117 291	20
		3 808 521	89

In der heutigen Generalversammlung ist die Dividende für das Geschäftsjahr 1915 auf 6% festgesetzt worden. Diese wird von jetzt an mit M 60,— auf jede Aktie der Serien A—L gegen Aushändigung der Dividendenscheine Nr. 7 der Serien A—D, Nr. 6 der Serien E—G, Nr. 5 der Serien H—K, Nr. 3 der Serie L ausgezahlt bei

der Gesellschaft selbst oder bei

dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein, A.-G.**, in Cöln oder Düsseldorf,

der **Bank für Handel und Industrie** in Berlin oder deren Niederlassungen in Breslau, Darmstadt, Düsseldorf, Frankfurt (Main), Halle a. S., Hamburg, Hannover, Leipzig, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Strzßburg (Elsaß) oder Wiesbaden,

der **Berliner Handelsgesellschaft**, Berlin, [6473]

dem **Bankhause S. Bleichröder**, Berlin,

der **Direction der Disconto-Gesellschaft** in Berlin, Bremen oder Frankfurt (Main),

der **Dresdner Bank** in Berlin oder deren Niederlassungen in Dresden, Bremen, Breslau, Cassel, Chemnitz, Frankfurt (Main), Hamburg, Hannover, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin oder Stuttgart,

der **Nationalbank für Deutschland**, Berlin,

dem **Bankhause A. Levy**, Cöln,

dem **Bankhause Sal. Oppenheim jr. & Cie.**, Cöln.

Cöln, den 17. Juni 1916.

Der Vorstand.

Dampfkessel- und Gasometer-Fabrik A.-G. vorm. A. Wilke & Co. Braunschweig.

Die in der heutigen Generalversammlung für das Geschäftsjahr 1915/16 festgesetzte Dividende beträgt 8% gleich M. 40.— resp. M. 80.— pro Aktie.

Dieselbe ist sofort zahlbar, und zwar entweder

bei **unserer Geschäftskasse** oder

bei der **Braunschweiger Privatbank Aktiengesellschaft, Braunschweig,**

bei Herren **Georg Fromberg & Co.** in Berlin W., Jägerstr. 9.

Braunschweig, den 22. Juni 1916. [6477]

Die Direktion. A. Pallenberg. Dübel.

Bilanz am 31. Dezember 1915.

Aktiva.		M.	Pf.	Passiva.		M.	Pf.
Grundstücke		36 143	06	Aktien-Kapital		1 000 000	—
Gebäude		515 427	32	Teilschuldverschreibungen		442 000	—
Waren, Metalle u sonstige Vorräte		442 859	94	Anl.-Tilgungs-Kl.		14 000	—
Modelle u. Formen		114 590	25	Anleihe-Zinsen-u.		9 580	—
Masch. u. Fabrikut.		74 023	11	Agio-Konto		50 875	02
Pferde u. Wagen		1	—	Rüchl. a. Ausenst.		143 894	68
Katalog. u. Clichés		1	—	Kto.-Korrent-Kto.		1 660 349	70
Einrichtungen u. Geschäftsutensil.		16 411	46				
Kassenbestand		2 911	41				
Wechselbestand		3 428	02				
Bankguthaben		54 981	24				
Debitoren		363 949	33				
Intern. Pergamon-Gussform GmbH.		1	—				
Verlust		35 621	56				
		1 660 349	70				

Berlin, den 30. Juni 1916.

Akt.-Ges. vorm. H. Gladenbeck & Sohn, Bildgiesserei.